

vbb magazin

11

November 2022 • 61. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes
der Beamten und Beschäftigten
der Bundeswehr



Kritische Bestandsaufnahme

Seite 5 <

Fachaustausch mit
Bundesverteidi-
gungsministerin
Christine Lambrecht

Seite 5 <

Voller Erfolg des VBB
beim dbb Antragsaus-
schuss „Dienstrecht,
Besoldung, Versor-
gung“

Wirksame Massagen für Ihre Gesundheit – Ihr Rücken wird es Ihnen danken!

Entspannende Rückenmassage Tag für Tag!

Die Fuß- und Wadenmassage: Wirkungsvoll, entspannend und mobilitätsfördernd

Rückenlehne und Beinstütze elektrisch stufenlos verstellbar bis zur Liegeposition

Massagefunktionen



Genießen Sie individuelle Entspannung mit dem Massagesessel »Komfort Deluxe«

Von begeisterten Kunden empfohlen:

- »...viele wirkungsvolle Massagefunktionen...«
- »...hilft Beschwerden im Rücken zu lindern...«
- »...hilft Verspannungen zu lösen...«

Komfort Deluxe

- ✓ Wohltuende Shiatsu-Rollenmassage zur Entspannung von Muskeln im Nacken-, Schulter- und Rückenbereich
- ✓ Luftdruck- und Vibrationsmassage für angenehme Entspannung und sanfte Durchblutungsförderung
- ✓ 6 voreingestellte Relax- & Massageprogramme zum Verwöhnen
- ✓ 10 Luftkissen, 3 Vibrationsmotoren, 8 Massageköpfe und Wärmefunktion
- ✓ Beinstütze elektrisch stufenlos höhenverstellbar und 180° drehbar

Praktisch: Aufklappbare Komfort-Fernbedienung

Kopf- & Nackenkissen abnehmbar



Erleben Sie intensive Massageprogramme zum Entspannen & Genießen! Gehen Sie Schmerzen und Verspannungen an den Kragen! Mit dem Massagesessel »Komfort Deluxe« kein Problem. Die sechs verschiedenen Massagezonen erlauben Ihnen die punktgenaue Anwahl des zumassierenden Areals. Eine Wohltat für den ganzen Körper.

Muskelverspannungen & Verhärtungen erfolgreich lindern

Pflegeleichtes Kunstleder

- Schwarz**
Best.-Nr. TL 21600
- Creme**
Best.-Nr. TL 21602
- Braun**
Best.-Nr. TL 22177

Robuster Stoffbezug

- Grau meliert**
Best.-Nr. TL 23342

Nicht für Träger von Herzschrittmachern geeignet.

Nirgendwo bekommen Sie diesen Massagesessel so günstig. Meistens zahlen Sie für eine vergleichbare Qualität mehr als das Doppelte

um 90° drehbar

180° drehbar

2 Rollen zum leichten Verschieben

Individuell verstellbar: So finden Sie Ihre ideale & persönliche Entspannungsposition!

- Praktische Magnethalterung für die Fernbedienung unter der Armlehne
- Sesselmaße: B 75 × H 84–130 × L 110–180 cm
- Sitzmaße: B 55 × H 50 × T 50 cm
- Lehnenhöhe: 95 cm
- Gewicht: nur 75 kg
- Max. Belastbarkeit: 180 kg

PREIS-HIT
Bei uns nur
€ 1.199,-^{1) 2)}

Jetzt **kostenfrei** anrufen & testen: **0800 - 4 36 00 05**

Ganz unverbindlich Probesitzen – natürlich mit 2 Wochen Umtausch- und Widerrufsrecht!³⁾

aktivshop GmbH
Oldenburger Str. 17
48429 Rheine

Mo. - Fr. 8-20 Uhr Sa.+So. 10-18 Uhr
E-Mail: service@aktivshop.de
Fax: 0800 - 4 36 00 06 (kostenfrei)

1) Preise inkl. MwSt. zzgl. insgesamt nur 69,95 € Speditionskosten. 2) Zahlung binnen 14 Tagen nach Erhalt der Rechnung & Ware ohne Abzug. 3) Die Einzelheiten zum Widerruf und Datenschutz finden Sie in unseren AGB unter www.aktivshop.de oder auf Wunsch auch gern telefonisch. 4) Für diesen Artikel können Sie die Elektro-Altgeräterücknahme eines baugleichen Geräts telefonisch beauftragen.

Dieses und viele weitere Angebote finden Sie unter: www.aktivshop.de

> Editorial



Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

über den gesamten Oktober hinweg fanden im Rahmen der „Kritischen Bestandsaufnahme“ Regionalkonferenzen statt: am 4./5. Oktober und 25. Oktober in Bonn und Berlin zum Thema „Personelle Einsatzbereitschaft/Zivilpersonal“, am 11./12. Oktober in München zur „Funktionalität der Wehrverwaltung“, am 18./19. Oktober in Berlin zur „Materiellen Einsatzbereitschaft“ und am 25./26. Oktober in Hamburg zur „Funktionalität der Streitkräfte“.

Das Schema war jeweils dasselbe. In einem ersten Schritt diskutierten ausgewählte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Dienststellen, Interessenvertretungen und Verbänden, zivil und militärisch, in kleineren Diskussionsrunden (sogenannte Panels). Im Anschluss daran, meistens am zweiten Tag,

wurden die Ergebnisse dieser Panels im Beisein der Staatssekretärin/des Staatssekretärs im Plenum vorgetragen und erörtert. Der VBB war bei allen Konferenzen dabei und hat sich aktiv eingebracht.

Dieser völlig neue Ansatz, in einer breiten Diskussion die gesamte Bundeswehr „mitzunehmen“, ist aller Ehren wert und wird vom VBB ausdrücklich begrüßt. Es war insbesondere für Angehörige der dem BMVg nachgeordneten Ortsdienststellen ungewohnt, dass ihre Meinung über alle Ebenen hinweg gefragt war.

Dem gemeinsamen Verständnis aller Beteiligten für die Notwendigkeit von Veränderungen aufgrund der neuen, in der NATO zugesagten Aufgaben und Fähigkeiten der Bundesrepublik Deutschland dienten die exzellenten Vorträge von militärischen Referenten aus der Abteilung FüSK. Die Stärkung der regionalen Dienststellen vor dem Hintergrund eines durch LV/BV bedingten Aufwuchs war Konsens. Die Erforderlichkeit der V-Kodierung von Dienstposten wurde ebenfalls wieder entdeckt.

Im Bereich des Personals muss aufgrund der großen Anzahl unbesetzter militärischer Dienstposten und niedriger Bewerbungszahlen notwendigerweise innerhalb der Bundeswehr optimiert werden. Dabei gerät die Substitution wieder in den Fokus. Verkürzt dargestellt werden Dienstposten daraufhin überprüft, ob sie militärische Kernaufgaben abbilden. Sofern dies nicht der Fall ist, soll eine Umwandlung in einen zivilen Dienstposten erfolgen, in einem zweiten Schritt erfolgt die (Nach-)Besetzung mit Zivilbeschäftigten. Klar war allen Beteiligten, dass dies auf der Zeitachse geschehen wird, aber dass es schneller gehen muss als bisher. Der VBB hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag, Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 35,20 € zzgl. 7,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 € zzgl. 1,50 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) und **Preisliste 47** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage:** dbb magazin: 553 059 (IVW 2/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen.

ISSN 0521-7814

> vbb

- > Fachaustausch mit Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht 5
- > Voller Erfolg des VBB beim dbb Antragsausschuss „Dienstrecht, Besoldung, Versorgung“ 5
- > Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen VBB und dbb akademie weiterführen 6
- > Fachinformation zum neuen E-Rezept in der Beihilfe 6
- > Fachinformation: Wie umgehen mit Erstattungen auf Dienstreisen per Zug oder Flugzeug? 7
- > Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand/Rente“ 8
- > „Gespräche erfolgreich führen“ 8
- > Tarifseminar 2023 – wertvolle Informationen aus erster Hand 9
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 10
- > Aus den Bereichen und Landesverbänden 12
- > Personalmeldungen 20

> dbb

- > eGovernment MONITOR 2022: Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Staates 22
- > EKR BUND und Kommunen Einkommensforderung vorgestellt: 10,5 Prozent für den öffentlichen Dienst 24
- > EuGH-Urteil: Wann Urlaubsansprüche nicht verfallen 27
- > IT-Ausbildung an Hochschulen für den öffentlichen Dienst: „Das verrückte Labyrinth“ 28
- > Interview Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 32
- > Service 38
- > Frauen Hauptversammlung der dbb frauen: Bessere Gleichstellungsgesetzgebung für Bund und Länder 40
- > Senioren 7. Seniorenpolitische Fachtagung: Pflege zukunftssicher machen 44

nicht hinnehmbar sei, wenn zwar Fachaufgaben, jedoch keine Führungsaufgaben wieder zivil werden; bildlich gesprochen: mehr zivile Indianer, aber fast nur militärische Häuptlinge.

Bei einem weiteren Thema, dem Binnenarbeitsmarkt, haben wir ebenfalls deutlich unsere Position vertreten: Der Binnenarbeitsmarkt führt in keinem Fall zu einer Besetzung eines militärischen Dienstpostens. Warum? Dieser Statuswechsel geschieht nicht automatisch, sondern muss im Wege einer externen Ausschreibung erfolgen. Es ist daher unredlich und rechtswidrig, für den Soldatenberuf mit der Zusage einer zivilen Nachbesetzung zu werben. Abhängig von dem Vorliegen der Laufbahnvoraussetzungen kann man hier nur von Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten sprechen. Im Übrigen ist der Binnenarbeitsmarkt gelebte Praxis. Die Stellvertreterin der Präsidentin des BAPersBw nannte eine Zahl: 40 Prozent aller ausscheidenden SaZ finden zurzeit eine zivile Anschlussverwendung im öffentlichen Dienst. Das geht zwar über die Bundeswehr hinaus, aber die Botschaft, dass es attraktive Folgeverwendungen für SaZ im öffentlichen Dienst gibt, ist überaus positiv. Im Üb-

rigen können ohnehin nicht alle ausscheidenden SaZ auf Beamtdienstposten der Bundeswehr wechseln, weil ein diesem Umfang entsprechender Bedarf auf der zivilen Seite nicht annähernd vorliegen wird.

Für die Tarifbeschäftigten hat der VBB eine Projektgruppe gefordert, die die bestehenden Handlungsspielräume sowie den tariflichen Anpassungsbedarf bei den Eingruppierungsmerkmalen identifiziert.

Die Verantwortlichen im StabOrg/Rev haben ihre Vorgehensweise gegenüber der Reform 2012 fachlich sinnvoll um die Einbindung aller Ebenen erweitert. Allein, es wird nicht auf den Prozess der Mitnahme, sondern wesentlich auf die Ergebnisse ankommen. Denn es besteht Handlungsbedarf.

Wir erinnern uns: Die Reform von 2012 wies dem BMVg die strategische Steuerung zu, schaffte die Wehrbereichsverwaltungen und damit den dreistufigen Verwaltungsaufbau ab. Stattdessen entstanden drei zivile Spartenämter mit unterschiedlichen Fachlichkeiten. Die Ortsbehörden waren mit der Ausführung in der Fläche betraut. Dieser Verwaltungsaufbau führte und führt zu einem Kommunikationsver-

lust. Hier ist eine Optimierung der Strukturen dringend erforderlich.

Nach Ansicht des VBB wirkte zusätzlich verschärfend, dass nun nicht mehr ein kongruenter ziviler Personalkörper zusammenarbeitete, sondern in vielen Bereichen und Ebenen militärische Führungskräfte zwischengeschaltet waren, die ein ganz anderes Führungsverständnis und andere Regelungskreise im Gepäck hatten und haben. Nicht nur unterschiedliche Regelungen, wie die Beurteilungsbestimmungen oder zum Beispiel die militärischen Vorgaben zur Materialbewirtschaftung in den BwDLZ, erschweren die Zusammenarbeit. Sondern auch allgemein ein unterschiedliches Dienstverständnis: Die Ermessensentscheidungen der Beamtinnen und Beamten im vorgegebenen rechtlichen Rahmen, ihre Verpflichtung zur Beratung und Information der Vorgesetzten, sind ihre essenziellen Dienstpflichten. Aus militärischer Sicht werden diese bisweilen als Entscheidungsschwäche einerseits oder Widerspenstigkeit andererseits empfunden. Hier zeigt sich, dass die der Verwaltung von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes eindeutig zugewiesenen Aufgaben eine weise Entscheidung war.

Aktuell beteiligt sich der VBB aktiv an den Vorbereitungen zum dbb Gewerkschaftstag Ende November. Der VBB hat sich mit 17 von insgesamt 171 Anträgen im Bereich „Dienstrecht, Besoldung und Versorgung“ weit überproportional eingebracht – im Interesse der Mitglieder! Alle Anträge wurden in der vorbereitenden Antragsausschusssitzung zum Teil nach intensiver Debatte mit der Empfehlung der Annahmegeräte beraten. Allein der Antrag zur Ballungszulage, den auch andere Verbände gestellt hatten, wurde zum Arbeitsmaterial erklärt. Hintergrund sind die aktuellen Arbeiten im BMI zu dem Gesetzentwurf einer amtsangemessenen Besoldung, die ebenfalls Ideen in diese Richtung verfolgen. Nach dem dbb Gewerkschaftstag werden wir unsere Anträge, die dort angenommen und damit vom dbb weiterverfolgt werden, bekannt machen.

Es tut sich viel und der VBB ist mittendrin – für Sie!

Ihre

Imke v. Bornstaedt-Küpper

Imke v. Bornstaedt-Küpper,
Bundesvorsitzende

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



WWW.
vbb-bund.de



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de

Fachaustausch mit Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht

Am 26. Oktober hatte die Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, erneut die Gelegenheit zu einem Austausch mit der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Christine Lambrecht. Das war eine gute Gelegenheit, um der Ministerin den neuen Bundesgeschäftsführer des VBB, Michael Zirbes, vorzustellen.



© BMVg/Steve Eibe (2)

Der Zeitpunkt des Gesprächs war besonders günstig, weil die Bundesvorsitzende unmittelbar nach den Regionalkonferenzen ihre Eindrücke aus den

Diskussionen und die Positionen des VBB darstellen konnte. Weitere Themen kamen in dem intensiven Austausch zur Sprache.

Voller Erfolg des VBB beim dbb Antragsausschuss „Dienstrecht, Besoldung, Versorgung“

Am 24. Oktober fand in Vorbereitung des dbb Gewerkschaftstages die Sitzung des Antragsausschusses „Dienstrecht, Besoldung, Versorgung“ in virtueller Form statt.

Der VBB hatte sich mit 17 von 171 Anträgen der Bundes- und Landesverbände eingebracht. Im Ergebnis wurden alle Anträge des VBB vom Antragsausschuss zur Annahme empfohlen. Die einzige Ausnahme war der Antrag zur Ballungsraumzulage, der auch von anderen Verbänden gestellt wurde – er wurde zum Arbeitsmaterial.

Das lag sicherlich daran, dass zurzeit im BMI der Entwurf ei-



© vbb (2)



nes Gesetzes zur amtsangemessenen Alimentation erarbeitet wird, der zwar noch nicht offiziell vorliegt, aber nach Kenntnis des VBB die unterschiedliche Kaufkraft von Regionen berücksichtigt.

Die aktive Rolle des VBB ist dem Einsatz der Mitglieder der Bundesleitung und des Bundesvorstandes zu verdanken, die sich im Sommer fleißig über die Anträge gebeugt haben.

Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen VBB und dbb akademie weiterführen

Der VBB möchte die bisher sehr erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen der Seminare mit der dbb akademie in Zukunft weiter fortsetzen und auch weiter ausbauen.

Aus diesem Grund hat sich der neue Bundesgeschäftsführer Michael Zirbes kurz nach seinem Start beim VBB bereits mit dem Geschäftsführer Oliver Welte und Eva Kolschefsky (zuständig für Seminare) von der dbb akademie in Bonn getroffen und ausgetauscht.

spannenden Themen angeboten werden. Die dbb akademie unterstützt den VBB dabei tatkräftig bei der Planung und Durchführung der Seminare. Die nächsten Seminare für 2023 sind bereits geplant und werden in Kürze veröffentlicht.

Sollten Sie Vorschläge, Wünsche oder Hinweise zum Seminarangebot haben, können Sie sich jederzeit vertrauensvoll an die Geschäftsstelle wenden. ■

Durch die gemeinsame Zusammenarbeit können den VBB-Mitgliedern qualitativ hochwertige Seminare zu



Fachinformation zum neuen E-Rezept in der Beihilfe

Das Bundesverwaltungsamt hat zum Sachstand der Umsetzung des E-Rezeptes informiert, da es durch den Start des E-Rezeptes in einigen Regionen Deutschlands im September 2022 vermehrt zu Anfragen zur Nutzung durch beihilfeberechtigte Personen gekommen ist.



Dazu ist zunächst grundlegend mitzuteilen, dass das E-Rezept nur indirekt ein Thema für die Beihilfeerstattung als solche ist, da die Beihilfe nur für die Erstattung der Arzneimittelkosten zuständig ist.

An der Einreichung bei der Beihilfe durch die beihilfeberechtigten Personen ändert sich durch das E-Rezept nichts.

Das E-Rezept hat ein anderes Format und einen anderen Aufbau. Aus der E-Rezept-App der gematik GmbH kann das E-Rezept geteilt und über die Upload-Funktion der Beihilfe-App direkt eingereicht werden.

Für die Nutzung des E-Rezeptes ist allerdings zuerst die Vergabe einer eindeutigen Krankenversicherungsnummer nach

dem Format der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlich. Der PKV-Verband arbeitet bereits intensiv an der Vergabe der neuen Krankenversicherungsnummern für alle privat versicherten Personen. Es wird davon ausgegangen, dass die PKV-Mitgliedsunternehmen die Versicherten in Kürze darüber informieren werden.

Um dieses Thema für die beihilfeberechtigten Personen anschaulich aufzubereiten, hat das Bundesverwaltungsamt ein Erklärvideo erstellt:

https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Bundesbedienstete/Gesundheit-Vorsorge/Beihilfe/2022/E-Rezept_Beihilfe.html

Fachinformation: Wie umgehen mit Erstattungen auf Dienstreisen per Zug oder Flugzeug?

Wer auf seinen Dienstreisen regelmäßig mit der Bahn oder dem Flugzeug unterwegs ist, kennt es sicherlich zur Genüge: Verspätungen, (Teil-)Ausfälle oder fehlende Sitzplatzreservierungen. Das ist zwar stets ärgerlich, aber vor dem Hintergrund verschiedener europäischer Schutzvorschriften (Fluggast- beziehungsweise Fahrgastrechte) stehen den Reisenden klar geregelte Entschädigungen beziehungsweise Ausgleichsansprüche zu.

Wie wirken sich diese Erstattungen auf die Reisekostenabrechnung aus, wenn man sich auf einer Dienstreise befindet? Hierzu hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Folgendes festgestellt:

Erstattungen und Entschädigungen, die für körperlich und seelisch erlittene Be-

eintrüchtigungen oder aufgrund von Ausfällen oder Verspätung gewährt werden, werden nicht auf die Reisekostenvergütung angerechnet (§ 3 Abs. 2 BRKG).

Achtung: Dies gilt nicht, soweit der Reisende die Reiseänderung durch seine eigene Zustimmung (zum Beispiel Verzicht auf Beförderung mit dem



© Pixabay.com

gebuchten Verkehrsmittel in Fällen der Überbuchung oder Downgradings et cetera) selbst herbeigeführt hat und hierfür eine finanzielle Entschädigung erhält.

Unterstützungsleistungen für zum Beispiel Taxifahrten, Übernachtungen oder vollständige Mahlzeiten sind außerdem weiterhin nach den

konkreten Anrechnungsvorschriften des Bundesreisekostengesetzes (§ 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, § 6 Abs. 2, § -, Abs. 2 BRKG) in der Weise zu berücksichtigen, dass eine Erstattung im Rahmen der Reisekostenvergütung für diese Ausgaben nicht erfolgt. Hierdurch soll eine Mehrfachentschädigung zulasten des Dienstherrn vermieden werden. ■

dbb autoabo
Eine Rate. Alles drin

Die entspannte Mobilitätslösung.
Eine Rate. Alles drin. Kurze Laufzeit.



Hyundai Kona Elektro

- Laufzeit 12 Monate
- 10.000 km inklusive
- Automatik
- Elektro

389 €

349 €*
monatl. All-inclusive-Rate

40 €

monatlich sparen
mit dem Code
KONA40!



Ihre Vorteile



Ganz flexibel
Kurze Vertragslaufzeiten zwischen 6 und 24 Monaten.



Freie Auswahl
Ob SUV, Kombi oder Kleinwagen – flexibel in jeder Lebenssituation.



Eine Rate. Alles drin.
Niedrige Monatsraten inklusive Kfz-Versicherung, Kfz-Steuer, jahreszeitgerechte Bereifung, Wartung und Werksfracht.



Einfach schlau
Fahrzeug mit voller Werksgarantie. Keine Kosten für HU/AU oder Altersreparaturen.



Null Euro
Keine Anzahlung – keine Schlussrate.



Alles easy
Einfache Abwicklung, supergünstige Raten. Autofahren auf die entspannte Art.

Entdecken Sie **online** weitere **Fahrzeugangebote** und **Antriebsarten**

Ein Angebot des **dbb vorteilsClub**.
Registrieren Sie sich jetzt unter:
www.dbb-vorteilswelt.de/autoabo

* **Code gültig bis 31.12.2022** auf alle Laufzeitkombinationen über den Gutscheincode: **KONA40!** Fahrzeugzulassung auf die Fleetpool GmbH oder einen Kooperationspartner; Abwicklung über die Fleetpool GmbH; Mindestalter bei Vertragsabschluss 21 Jahre; Kfz-Versicherung: Vollkasko 500 € 5B/Teilkasko 300 € 5B; Preis für Mehrkilometer: 0,19 €/km bis 2.500 km, ab 2.501 km 0,29 €/km; Minderkilometer werden nicht vergütet; Die Lieferzeiten können je nach Standort variieren; Abbildungen sind beispielhaft und können Sonderausstattung zeigen; Änderungen vorbehalten; Einmalige Zulassungspauschale von 89,- €; All-Inclusive-Rate inklusive Werksfrachtkosten, Kfz-Versicherung (Vollkasko/Teilkasko und Kfz-Haftpflicht), Kfz-Steuer und Wartung bis zur vertraglich vereinbarten Freikilometergrenze; Alle Preise inklusive gesetzl. MwSt.; CO₂-Emissionen siehe www.dat.de; Begrenzte Stückzahl; Bonität vorausgesetzt; Es gelten die AGB der Fleetpool GmbH; Speziell für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen.

Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand/Rente“

Vom 20. bis 22. September 2022 fand in diesem Jahr das zweite Seminar zum Thema „Vorbereitung auf den Ruhestand/Rente“ im Euro Park Hotel Hennef statt.

Aufgrund zahlreicher Anmeldungen wurde in diesem Jahr ein zweites Seminar durchgeführt.

Als Dozentinnen konnten Frau Nina *Arend*, Rechtsanwältin, Frau Dagmar *Völpel*, Coaching – Training – Projekte, und Frau Patricia *Braun*, Heilpraktikerin und Sportwissenschaftlerin, gewonnen werden.

Am 1. Tag wurden die Seminarteilnehmenden durch Frau Völpel in die Thematik des „3. Lebensalters“ eingeführt.

Rechtliche Inhalte der Thematik wurden durch Frau Nina Ahrend vorgetragen.

Als Berufsbetreuerin konnte sie aus ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz vortragen und alle Fragen der Teilnehmenden zufriedenstellend beantworten.

Die Themen Steuererklärung, Zusammentreffen verschiedener Versorgungssysteme und Rente/Pension konnten nicht behandelt werden.

Da diese Themen von großem Interesse sind, müssten diese Themenbereiche in einem eigenen Seminar behandelt werden oder in ein anderes Seminar aufgenommen werden.

Am letzten Seminartag hat Frau Patricia Braun intensiv das Thema Gesundheit im Alter behandelt. Durch praktische Übungen konnten die Teilnehmenden lernen, wie einfach es ist, Verspannungen zu lösen, die oftmals zu Schmerzen und Unwohlsein führen.

Im Rahmen der Schlussbesprechung hat der Semi-

narleiter, Herr *Witthüser*, die Teilnehmenden auf unseren verbandseigenen „Ratgeber für den Ruhestand“ hingewiesen, der kostenfrei bei der Geschäftsstelle angefordert werden kann und eine große Hilfe bei der Vorbereitung auf den Ruhestand/Rente ist.

Abschließend muss festgestellt werden, dass ein Seminar zu diesem Themenkomplex einmal jährlich durchgeführt werden sollte.



Seminar „Gespräche erfolgreich führen“

Vom 4. bis 6. Oktober 2022 fand im Hilton Hotel Bonn das Seminar „Gespräche erfolgreich führen“ statt.

Die Dozentin Frau Andrea *Thiel*, Trainerin und Coach, hat es in hervorragender

Weise verstanden, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Inhalte des Semi-

nars zu vermitteln. Gruppenarbeiten und Rollenspiele waren wesentliche Metho-

den zur Erarbeitung der einzelnen Seminarinhalte.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, die Arbeitsergebnisse vor laufender Kamera vorzutragen. Für viele war dies das erste Mal und ließ manche Teilnehmerin und manche Teilnehmer staunen, als sie sich im Anschluss einmal selbst sehen konnten.

Jeder konnte Situationen aus dem täglichen Dienstbetrieb

oder privaten Bereich vorzutragen. Die geschilderten Gespräche wurden anschließend analysiert, besprochen und Verhaltensweisen erarbeitet, mit dem Ziel, es unter Umständen besser oder anders zu machen.

Zur Verdeutlichung der Thematik hat Frau Thiel immer wieder Gespräche aus ihrem eigenen Tätigkeitsbereich vorgetragen und Verhaltensweisen für eine erfolgreiche Gesprächsführung dargestellt.

Am Ende des Seminars waren sich alle darüber einig, dass ein solches Seminar unbedingt immer wieder angeboten werden sollte.

Es wurde angeregt, ein solches Seminar speziell für Personal-

ratsmitglieder anzubieten, da es für Personalräte extrem wichtig ist, mit den Dienststellenleiterinnen und -leitern zu sprechen, um die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in richtiger Weise vorzutragen. ■

Tarifseminar 2023 – wertvolle Informationen aus erster Hand

Bereits zum zweiten Mal traf sich der Fachbeirat Tarifrecht zusammen mit interessierten VBB-Mitgliedern zu seinem diesjährigen Seminar im Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK). Durch die Zusage von Referentinnen und Referenten aus dem Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) sowie der Versorgungsanstalt Bund und Länder (VBL) wurden den Seminarteilnehmenden ausgewählte und aktuelle Themen aus dem Arbeits- und Tarifrecht nahegebracht. Den Auftakt übernahm dabei die Kollegin Astrid *Wenig*, Referatsleiterin BAPersBw V 2.3.3, mit Instrumenten des TVöD Bund zur Personalbindung und Personalgewinnung.

so der Sprecher des Fachbeirates Tarifrecht, Kollege Alexander *Heß*.

► Betriebliche Zusatzversorgung in der Bundeswehr

Die Sorge um eine ausreichende Altersversorgung beschäftigt auch viele Menschen in der Bundeswehr. Durch einen Tarifvertrag ist die betriebliche Zusatzversorgung der VBL für Bund und Länder geregelt. Herr Gerald *Rubel* informierte zur Pflichtversicherung „VBL Klassik“ und zur freiwilligen Versicherung „VBL Extra“, die als Entgeltumwandlung zu verstehen sind. Auch wenn den meisten Teilnehmenden der Veranstaltung die VBL bestens bekannt war, hat der kurzweilige Fachvortrag noch Neues und wissenswerte Hintergründe rund um das Thema Zusatzversorgung erfolgreich vermittelt.

► Einkommensrunde 2023 – Tarifforderung mit dem dbb erörtert

Zum Abschluss der dreitägigen Veranstaltung gab es, zusammen mit Herrn Ulrich *Hohndorf* vom deutschen beamtenbund und tarifunion (dbb), einen Ausblick auf die kommende Einkommensrunde. Hierbei wurden der Ablauf und mögliche Maßnahmen bei einem drohenden Tarifkonflikt erörtert. Bei weiterhin steigender Inflation und Energiepreiserhöhungen



► Sicherheit im Umgang mit Digitalisierung

Einen interessanten Überblick über die Weiterentwicklung der Ausbildung sowie zur Digitalisierung in der Bundeswehr verschaffte allen Anwesenden Herr Ministerialrat Eric *Schnell*, Referatsleiter P I 6. Hierbei wurde im Schwerpunkt die „Digitale Grundbefähigung“ vorgestellt und diskutiert.

Diese soll unter anderem allen Zivilbeschäftigten in der Bundeswehr bei den Herausforderungen der Digitalisierung durch ein mehrstufiges Online-seminar Sicherheit ermöglichen. Abgerundet wurde am Folgetag der Themenkomplex in einer aktiven Diskussionsrunde zu dem seit Januar 2022 gültigen Tarifvertrag Digitalisierung. „Gerade in der Bundeswehr ist in den nächsten

Jahren mit weiteren Digitalisierungsprojekten zu rechnen. Arbeitsplatzsicherung, Entgelt-sicherung und Qualifizierung, die im Tarifwerk hinterlegt sind, kommen daher besondere Bedeutung zu. Bedauerlicherweise ist es innerhalb der Bundeswehr bislang nicht gelungen, die tarifvertraglichen Vorgaben zum Abschluss einer entsprechenden Dienstvereinbarung umgesetzt zu haben“,



© vbb

gen infolge des Ukraine-Krieges, ist gerade im nächsten Jahr ein Tarifabschluss erforderlich, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes finanzielle Planbarkeit

gibt. Es muss dabei sichergestellt werden, dass Reallohnverluste ausgeschlossen und insbesondere die mittleren und unteren Einkommen gestärkt werden. Der vom

Fachbeirat Tarifpolitik erarbeitete Forderungskatalog des VBB wurde bei dieser Gelegenheit dem dbb vorgestellt. Bereits jetzt hat der VBB dem dbb seine Aktions-

bereitschaft signalisiert und wird – falls notwendig – im kommenden Jahr sichtbar für eine entsprechende Tarifierhöhung kämpfen.

10

> Bundesschwerbehindertenvertretung

Begrenzte Dienstfähigkeit (Teil 2)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,

ich möchte als Bundesschwerbehindertenvertreter im VBB in dieser Ausgabe unserer Verbandszeitung Sie mit dem 2. Teil zum Thema begrenzte Dienstfähigkeit informieren.

Wie bereits im Teil 1 angeführt, wurde ein Rundschreiben zur **Dienstunfähigkeit sowie zur begrenzten Dienstfähigkeit** (Schreiben Bundesministerium des Innern und für Heimat vom 14. März 2022) im Internet unter der nachfolgenden Adresse veröffentlicht: „https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/gesetzestexte/rundschreiben/dienstunfaehigkeit-rundschreiben.pdf?__blob=publicationFile&v=8“.

Insbesondere sind die Punkte 5.2, 5.3 und 5.4 dieses Rundschreibens beachtenswert, wie nachfolgend noch einmal angeführt.

■ 5.2 Beteiligung der Interessenvertretungen und Beauftragten

Nach § 84 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit Abs. 2 Bundespersonalvertretungsgesetz

(BPersVG) wirkt der Personalrat bei der Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit mit. **Voraussetzung für die Beteiligung des Personalrats ist ein entsprechender Antrag der oder des Betroffenen.**

Die oder der Betroffene ist von der beabsichtigten Maßnahme rechtzeitig vorher in Kenntnis zu setzen (§ 84 Abs. 2 Satz 2 BPersVG) und im Rahmen der

Fürsorgepflicht auf die Möglichkeit hinzuweisen, die Beteiligung der Personalvertretung zu beantragen.

Neben dem Personalrat hat gemäß § 27 Abs. 1 Nr. 1e) Bundesgleichstellungsgesetz (BGleG) auch die Gleichstellungsbeauftragte an der Entscheidung über die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand mitzuwirken und ist frühzeitig zu beteiligen. Ihre Mitwirkung ist obligatorisch und hat unabhängig davon zu erfolgen, ob die oder der Betroffene eine Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten beantragt oder nicht.

Sind schwerbehinderte oder gleichgestellte Beamtinnen und Beamte betroffen, ist die



© StartupStockPhotos/Pixabay

Schwerbehindertenvertretung unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören; der Dienstherr hat ihr die getroffene Entscheidung unverzüglich mitzuteilen (§ 178 Abs. 2 Satz 1 SGB IX).

5.3. Besoldungsrechtliche Aspekte

Mit dem Ende des Monats, in dem die begrenzte Dienstfähigkeit mitgeteilt worden ist, werden die Dienstbezüge entsprechend § 47 Abs. 4 Satz 2 BBG gekürzt. Seit Inkrafttreten des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes (BesStMG) am 1. Januar 2020 richtet sich die Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit nach § 6a BBesG. Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den nach § 6 BBesG, aufgrund ihres verringerten Beschäftigungsumfanges, ge-

kürzten Dienstbezügen einen Zuschlag in Höhe der Hälfte des Unterschiedsbetrages zwischen den wegen der begrenzten Dienstfähigkeit gekürzten Bezügen und den Bezügen, die bei einer Vollzeitbeschäftigung zustünden.

5.4. Versorgungsrechtliche Aspekte

Wegen der Aussicht auf eine kurz bevorstehende begrenzte Dienstfähigkeit sollte die Beamtin oder der Beamte durch die personalbearbeitende Dienststelle darauf hingewiesen werden, dass sie oder er einen Antrag auf Versorgungsauskunft stellen kann. Die personalbearbeitende Dienststelle sollte den Vorgang eng begleiten, sodass Unsicherheiten aufseiten der Beamtin oder des Beamten hinsichtlich der versorgungsrechtlichen Auswirkungen beseitigt werden.“

Die begrenzte Dienstfähigkeit wird mit einer entsprechend reduzierten Dienstzeit in der Versorgungshöhe berücksichtigt.

Bei Dienstunfähigkeit ist zum Beispiel nach § 13 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung unter Abs. 1 Nachfolgendes geregelt:

„(1) Ist der Beamte vor Vollendung des sechzigsten Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden, wird die Zeit vom Beginn des Ruhestandes bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des sechzigsten Lebensjahres, soweit diese nicht nach anderen Vorschriften als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird, für die Berechnung des Ruhegehalts der ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu zwei Drit-

teln hinzugerechnet (Zurechnungszeit).“

Eine entsprechende Auskunft zur möglichen Versorgungshöhe wird auf Antrag unter Hinweis auf die bevorstehende begrenzte Dienstfähigkeit durch das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) erteilt.

Eine detaillierte Rechnung zu einem fiktiven Ruhegehalt wird vom VBB nicht durchgeführt, da uns die entsprechenden vorliegenden Daten beim BAPersBw nicht zugänglich sind. Weiterhin führen wir auch aus Haftungsgründen keine Berechnungen durch.

Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen

*Gerhard Bernhardt,
Bundesschwerbehinderten-
vertreter*

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Da für Große und Kleine.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für alle.

Seit über 110 Jahren begleiten wir Kundinnen und Kunden als verlässlicher Partner für alle Versicherungs- und Finanzfragen durch ihr Leben. Mit maßgeschneiderten Dienstleistungen, erstklassigem Service und persönlicher Beratung. Und das alles selbstverständlich direkt in Ihrer Nähe. Denn darauf können Sie sich bei SIGNAL IDUNA verlassen: dass wir immer für Sie da sind.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-info@signal-iduna.de
www.voedag.de



> Aus unseren Bereichen und Landesverbänden

> Bereich Schleswig-Holstein/Hamburg/ Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzende: Simone Rahn
Dienststelle: BwKrhs Hamburg
 Krankenhausverwaltung im BwDLZ
Telefon (dienstlich): (040) 6947-27000
Postanschrift: Steenkoppel 24
 24598 Boostedt



©Manuela Papke

> Dirk Ulrich, Peter Maschmeyer, Udo Albertsen, Bernd Siegfried, Otto Tams, Heinz Mühlenbeck, Dieter Johnsen (von links)

> Standortgruppe Husum

Mitgliederversammlung StOGrp. Husum

Zur Mitgliederversammlung am 15. September 2022 konnte der Vorsitzende, Kollege Dirk Ulrich, 20 Mitglieder der VBB-Standortgruppe Husum in den Räumen der OGH Fliegerhorst-kaserne in Husum begrüßen.

Im Anschluss an die Begrüßung wurde eine Schweigeminute zum Gedenken an zwei verstorbene Kollegen abgehalten.

Der Bereichsgeschäftsführer Peter Maschmeyer, der zu dieser Versammlung eingeladen war, überbrachte Grüße der Bereichsvorsitzenden Simone Rahn und nahm den Informationsteil mit aktuellen Themen und Neuigkeiten aus dem Verband wahr. Anschließend nahm er mehrere Ehrungen für langjährige Treue zum Verband vor.

Mit dem Ehrenzeichen am Bande für 60 Jahre Mitgliedschaft wurden Dieter Johnsen und Heinz Mühlenbeck ausgezeichnet.

Otto Tams wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft mit dem Ehrenzeichen geehrt und Udo Albertsen und Bernd Siegfried bekamen jeweils für 25 Jahre Mitgliedschaft die Ehrennadel in Gold verliehen.

Es folgte der Bericht des Kassenwartes Uwe Thomsen für

2021. Kassenprüfer Thomas Hucht bescheinigte eine vorbildliche Kassenführung.

Im Anschluss ging es mit dem inoffiziellen Teil des rundum gelungenen Abends weiter, einem reichlichen Grillbüfett und dem ein oder anderen Getränk. Nachdem man sich reichlich gestärkt hatte, verbrachten die Mitglieder noch ein paar gemütliche Stunden bei angeregten Gesprächen und Austausch zwischen Aktiven und Ehemaligen bis in den späteren Abend hinein. ■

> Standortgruppe Kiel

Ehrungen von langjährigen Mitgliedern am 14. September 2022



© Malte Ehlers/VBB

Da in den letzten zwei Jahren keine Veranstaltungen der StOGrp. Kiel stattfinden konnten, hatten sich viele Ehrungen für langjährige Verbandsmitgliedschaften angesammelt. Bereits am 24. August 2022 wurden im Rahmen der Mitgliederversammlung zahlreiche Mitglieder für 40-, 50- und

60-jährige Verbandsmitgliedschaft geehrt. In einer zweiten Veranstaltung wurden nun weitere Ehrungen überreicht.

Die Ehrennadel in Silber erhielten die Kollegen Danny Fels, Wolfgang Friebe und Ulf Kaeding. Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden Dietmar

Andxel, Rüdiger Bies, Bernd Blendinger, Jürgen Döring, Günter Drewes, Peter Gehrmann, Heiner Leupold, Torsten Löhndorf, Daniela Mohr, Andreas Müller, Inge Niemiets, Arne Petersen, Armin Preuß, Nico Rogge, Frank Schmahl, Jost Schurig und Dr. Jan Seelmann geehrt.

Zudem konnte der Kollegin Gudrun Janßen das Ehrenzeichen für 40-jährige Verbandszugehörigkeit ausgehändigt werden und dem Kollegen Klaus Block wurde das Ehrenzeichen am Bande für 60-jährige Mitgliedschaft überreicht.

Ein großer Dank des Vorstandes der VBB StOGrp. Kiel geht an den Geschäftsführer des Bereichs I, Peter Maschmeyer, für die tatkräftige Unterstützung in Vertretung der leider aus dienstlichen Gründen verhinderten Bereichsvorsitzenden Simone Rahn und an alle Geehrten für ihre langjährige Treue.

Im Anschluss an den formellen Teil wurde noch mit einem Glas Sekt angestoßen und über alte Zeiten und aktuelle Themen geplaudert. ■

► Standortgruppe Lübeck

Mitgliederversammlung StOGrp. Lübeck
am 6. Oktober 2022

Die Mitglieder der Standortgruppe Lübeck trafen sich nach über zweijähriger Coronapause erstmalig wieder am 6. Oktober 2022 im traditionellen Ratskeller der Stadt zur diesjährigen Mitgliederversammlung.

Nachdem der Vorsitzende Ralf Müller alle anwesenden Mitglieder der Standortgruppe sowie den Bereichsgeschäftsführer Peter Maschmeyer – in Vertretung für die dienstlich verhinderte Bereichsvorsitzende Simone Rahn, deren beste Wünsche für die Versammlung er ausdrückte – als Gast herzlich begrüßt hatte, gab er einen kurzen Rückblick über die – aufgrund der Pandemiesituation naturgemäß geringen – Aktivitäten in den vergangenen Monaten.

Ein besonderer Anlass als Highlight der Veranstaltung war jedoch für den anwesenden Kollegen Siegmund Schiwy die Auszeichnung des VBB mit dem Ehrenzeichen am Bande für 60-jährige Mitgliedschaft, der sich sehr über diese Ehrung freute.

Im Anschluss informierte der Kollege Maschmeyer über die aktuellen Themen des VBB und stimmte die Kollegen schon einmal auf die im Jahre 2024 stattfindenden Personalratswahlen und die damit verbundenen Vorbereitungen im Jahre 2023 ein.

Danach klang der Abend mit einem guten Schnitzessen und interessanten Gesprächen in lockerer Runde aus. ■



© Volker Schröder

► Der Vorsitzende Ralf Müller, Siegmund Schiwy und Peter Maschmeyer (von links)

Wir. Helfen. Dienen.



(c) 2017 Bundeswehr/Weber

Wir sind das Sozialwerk der Bundeswehr.

Mit diesem Auftrag engagieren wir uns seit 1960 für die Menschen in der Bundeswehr und für ihre Familien - vor allem als Ausgleich für die besonderen Anforderungen des militärischen Dienstes. Umfassende Erholungsmöglichkeiten und soziale Angebote sind unsere Stärke.

Damit Helfen wir denen, die dienen!

Helfen Sie uns - als Mitglied im Bundeswehr-Sozialwerk oder durch Ihre Spende.

**Jetzt Mitglied werden!
Nur 4,00 € monatlich.**



Bundeswehr Sozialwerk
Hier scheint die Sonne!

www.bundeswehr-sozialwerk.de



> Bereich Niedersachsen/Bremen

Vorsitzender: Karl Nowotny
Gustav-Meyer-Straße 101
29633 Munster
Telefon: (05192) 12-5004

> Standortgruppe Stade

Mitgliederhauptversammlung

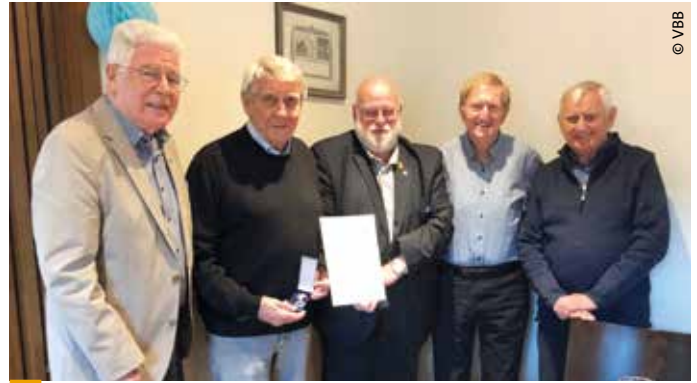
Ende September 2022 fand die Mitgliederhauptversammlung der StOGrp. Stade im Guldenstern CASINO in Stade statt. Der StOGrp.-Vorsitzende Hans-Joachim Busse, begrüßte ganz herzlich den Bereichsvorsitzenden Karl Nowotny sowie die Standortgruppen-Mitglieder. Hauptpunkt der Versammlung waren die Neuwahlen des Vorstandes. Busse wies in seinem Rechenschaftsbericht nochmal auf die Einschränkungen in der Verbandsarbeit durch die Coronakrise hin.

Nach den Berichten der anderen Funktionsträger, der Kassenprüfer und der Entlastung des Vorstandes führte nun der gewählte Versammlungsleiter Dieter Albrecht zügig die Neuwahlen durch. Der neue, alte Vorstand wurde für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Vorsitzender: Hans-Joachim

Busse, Stellvertreter und Kassenwart: Manfred Semgart, Schriftführer und Ruhestandsbeamtenvertreter: Karl-Georg Grob. Kassenprüfer: Klaus Dieter Metze und Gisela Pohl.

Alle Gewählten nahmen die Wahl an und dankten den Versammelten für das ausgesprochene Vertrauen. Als Delegierter für den Bundesvertretertag im Jahr 2024 wurde Hans-Joachim Busse und als sein Vertreter Manfred Semgart gewählt.

Karl Nowotny, der Bereichsvorsitzende, bedankte sich für die Einladung. „Er sei wieder gerne nach Stade gekommen“, betonte er. In seinem breit gefächerten Vortrag kam er auf viele Themen zu sprechen. Es ging um verbandsinterne Angelegenheiten wie zum Beispiel Kündigung der Geschäftsstellenleiterin Frau Nixtatis; des



> Karl-Georg Grob, Reinhard Klein, Karl Nowotny, Hans-Joachim Busse, Manfred Semgart (von links)

Weiteren über die Planung verschiedener Seminare und die Erhöhung der Seminarkosten.

- > über die Bemühungen in der Nachwuchsgewinnung (Probleme: Seiteneinsteiger, Besetzung von Dienstposten mit ehemaligen Soldaten und so weiter)
- > Vorbereitung verschiedener Tagungen und Sitzungen
- > Diskussion über nachhaltige Werbemittel

Zum Schluss seiner Ausführungen gab er noch den Hinweis auf die Bereichsversammlung vom 6. bis 8. April 2024 in Soltau.

Als ganz besonderer Tagungsordnungspunkt stand nun noch

die Ehrung von Reinhard Klein an. Für seine 60-jährige Mitgliedschaft im VBB wurde ihm das Ehrenzeichen am Bande verliehen. Coronabedingt hatte sich die Ehrung verschoben, konnte jetzt aber vom Bereichsvorsitzenden Karl Nowotny und dem Ruhestandsbeamtenvertreter der StOGrp., Karl-Georg Grob, vorgenommen werden. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für diese besondere Treue zum Verband.

Nach Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung, wurde ein warmes Büfett zur „Stärkung“ bereitgestellt. Weitere Gespräche und aufbauende Getränke rundeten den Abend ab.

> Bereich Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Michael Meister
Gesamtpersonalrat beim Karrierecenter
der Bundeswehr Düsseldorf
Ludwig-Beck-Straße 23
40470 Düsseldorf
Telefon mobil: (0160) 1471077
Telefon privat: (0211) 6193350

> Standortgruppe Aachen/Jülich

Auf den Spuren der Römer

Am 19. September 2022 fand nach langer Zeit wieder eine Weiterbildungsfahrt der Standortgruppe Aachen/Jülich statt. Die Einladung der Vorsitzenden Andrea Thomas fand re-

gen Zuspruch und so fuhren 35 Mitglieder in den Archäologischen Park nach Xanten.

Die auf dem Gebiet der heutigen Stadt Xanten hauptsäch-



lich durch Umsiedelung von Germanen gegründete Siedlung wurde 100 n. Chr. durch Kaiser Marcus Ulpius Traianus zur Colonia erhoben und erhielt nach dessen Namen die Bezeichnung „Colonia Ulpia Traiana“ (CUT).

Die „CUT“ war, nach Köln und Trier, die drittgrößte römische Stadt in Germanien. Bis zu 10.000 Menschen lebten innerhalb der circa 73 Hektar gro-

ßen Colonia – „umgesiedelte“ Gallier und Germanen sowie Veteranen der dort stationierten Legionen.

Die damaligen Bauwerke sind allesamt von der Oberfläche verschwunden, da die verfallende Colonia vermehrt als Steinbruch diente. So wurden die brauchbaren Materialien unter anderem zum Bau der Kirche in Xanten verwendet oder auch verkauft.

Allerdings wurden die wichtigsten Bauten ab den 1970er-Jahren im Rahmen des Archäologischen Parks Xanten (APX), der sich mittlerweile auf fast die ganze ehemalige Colonia ausdehnt, zum Teil rekonstruiert.

In den rekonstruierten Gebäuden (Amphitheater, Herberge mit Therme, Handwerkerhäuser) und im Museum wurden den Teilnehmenden bei zwei

informativen Führungen durch den APX ein eindrucksvoller Einblick über das Leben der Römer vor über 2.000 Jahren vermittelt.

Anschließend wurden im römischen Restaurant in der Herberge die Gaumen mit Speisen nach antiken Rezepten verwöhnt.

Eine rundum gelungene Fahrt. ■

> Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

Vorsitzender: Rainer Schönhofen
Wehrtechnische Dienststelle für
landgebundene Fahrzeugsysteme,
Pionier- und Truppentechnik (WTD 41)
Kolonnenweg
54296 Trier-Grüneberg

Bw-intern: 90-47222253
Telefon: (0651) 91292253
E-Mail: rainerschoenhofen@bundeswehr.org

> Standortgruppe Koblenz

Mitgliederversammlung

Zur Mitgliederversammlung der Standortgruppe Koblenz lud die Vorsitzende Frau Claudia Göbel in das Soldatenheim Horchheimer Höhe Koblenz ein und konnte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Als Gast aus dem Bundesvorstand hieß sie herzlich den Kollegen Alexander Heß, Sprecher Fachbeirat Tarifpolitik, willkommen.

In ihrem auch diesmal wieder recht kurzen Geschäftsbericht

ließ die Vorsitzende der Standortgruppe das vergangene, erneut von Corona geprägte Jahr, Revue passieren und gab einen Ausblick auf Veranstaltungen und Termine im laufenden und nächsten Jahr.

Kollege Heß referierte zu aktuellen Themen rund um die Bundeswehr sowie zur kommenden Tarif- und Besoldungsrunde.

Gehrt wurden Kollege Paul Schmidt für 40 Jahre ununter-



brochene Mitgliedschaft sowie die Kollegen Christina Butz und Roland Brose für

jeweils 15 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im Verband. ■



© VBB (3)



► Standortgruppe St. Wendel

Geselliger Nachmittag der VBB StOGrp. St. Wendel am 23. September 2022

Mit den Worten: „Nach langer Zeit ohne beziehungsweise eingeschränkten Kontakten möchten wir in diesem Jahr einen geselligen Nachmittag veranstalten“, lud der Vorstand der StOGrp. St. Wendel alle Mitglieder ein.

Unter dem Motto, sich im persönlichen Gespräch und Austausch miteinander zu begegnen, konnte der Vorsitzende Kollege Peter Zeyer die erschienenen Kolleginnen und Kollegen mit Begleitungen am 23. September 2022



© VBB (2)



im Schützenhaus des Schützenvereins Diana 1983 e.V. Theley recht herzlich willkommen heißen.

Es war spürbar zu merken, dass bei den Teilnehmenden großer Rede- wie auch Diskussionsbedarf bestand. Insbesondere die zur Zeit aktuellen Schlagzeilen des russisch-ukrainischen Krieges, die Energiekrise wie auch die explodierenden Preise wurden thematisiert. Aber auch

das Schwelgen in alten Zeiten kam nicht zu kurz.

Für das leibliche Wohl, wie auch die Bewirtung, sorgte der Schützenverein Diana 1983 e.V. Theley, bei dem wir uns an dieser Stelle nochmal recht herzlich bedanken.

Es war ein gelungener Nachmittag, der wieder mal gezeigt hat, wie wichtig das persönliche Treffen und der persönliche Kontakt miteinander sind. ■

► Landesverband Baden-Württemberg

Vorsitzende: Karin Voit
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung
Seckenheimer Landstraße 10
68163 Mannheim
Telefon: (0621) 4295 4450
Telefax: (0621) 4295-4222

► Standortgruppe Ulm

Informationsveranstaltung

Die Standortgruppe Ulm hat am 5. Oktober 2022 nach einer Unterbrechung von zwei Jahren eine Informationsveranstaltung mit Ehrungen für langjährige Mitglieder durchgeführt. Doch was macht man, wenn der vortragende Ehrengast ausfällt und man auf die Schnelle keinen Ersatz herbekommt? – Man macht das Beste aus der Sache.

Der Vorsitzende der Standortgruppe Ulm, Kollege Michael Kaminski, referierte daher zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage und

den möglichen Auswirkungen der neuen Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung für die Dienststellen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Gerade im Hinblick auf die demografische Situation der Wehrverwaltung ist Attraktivität wichtig.

Im Anschluss wurden Ehrungen durchgeführt. Kollegin Benedikta Reuter und Kollege Franz Trunk erhielten die Ehrennadel in Gold. Kollege Momcilo Jovanovic wurde für 40-jährige Verbandszugehörig-



keit geehrt. Das Ehrenzeichen am Bande für 60-jährige Mitgliedschaft erhielten die Kollegen Konrad Diemer und Rudolf Saumweber.

Nach alledem wurden die Kolleginnen und Kollegen zum

Abendessen eingeladen und blieben noch einige Zeit in Gesprächsrunden sitzen. Und so war man sich einig, dass die Veranstaltung angemessen und informativ war. Man hat eben das Beste aus der Sache gemacht. ■

> Bereich Berlin, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen

Vorsitzende: Astrid Bittkau,
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr,
PA 3, Prötzeler Chaussee 25, 15344 Strausberg,
Telefon: (03341) 58-2400



> Standortgruppe Berlin

Ausflug

Der Ausflug der VBB-Standortgruppe Berlin am 4. Oktober 2022 führte mitten in die Weltgeschichte.

Im ehemaligen Gästehaus der DDR, Schloss Hohenschönhausen, residierte einst der erste und einzige Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, und heute eine Bundesakademie für Sicher-

heitspolitik (BAKS). 1992 gründete die alte Bundesrepublik eine Akademie für Sicherheitspolitik (BAKS), die nun seit 2004 an dem Standort in Berlin residiert. Im großen Saal der Akademie tagte einst kurz vor der Wiedervereinigung der runde Tisch, auch fanden hier die 2+4-Verhandlungen statt. 20 Interessierte der VBB-Stand-

ortgruppe Berlin tauchten in die Geschichte ein.

In der Gegenwart wurde den Besuchern das Konzept der Akademie erläutert. Die Herren *Nieke* und *Brey* von der BAKS führten mit interessant ausgewählten Folien mitten in die sicherheitspolitischen Debatten der Gegenwart ein. „Wie oft redet Ihr Nachbar von sicherheitspolitischen Themen?“ „Selten!“

Und damit war ein Problem exakt beschrieben. Sicherheitspolitik ist kein Alltagsthema.

Die Debatte ging beim anschließenden Kaffee munter weiter. Es war ein guter Nachmittag.

Auf den Dienststellen wird es ein Echo geben und vielleicht auch beim Nachbarn nebenan.

> Standortgruppe Ostsachsen

StOGrp. Ostsachsen sportlich aktiv

Am 8. September 2022 trafen sich sportbegeisterte Mitglieder der VBB-Standortgruppe Ostsachsen zu einem Bowlingnachmittag.

Mit viel Elan und Begeisterung fand im Joe's Bowlingcenter in Dresden ein kleiner Wettbewerb und die Prämierung der drei besten Spieler statt. Über einen Pokal konnten sich Tho-



mas Müller, Mathias Blachnik und Torsten Friedrich freuen.



Im gemütlichen Beisammensein klang der aktive Teil des Nachmittages mit einem sportlichen Abendessen aus.

Ein nächster Mitgliedertreff ist bereits in Planung.

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



www.
vbb-bund.de



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de

> Bereich Bundesministerium der Verteidigung

Vorsitzender:	Wolfgang Bernath Personalrat beim BMVg erster Dienstsitz Bonn Bundesministerium der Verteidigung Fontainengraben 200 53123 Bonn	Telefon:	(0228) 1212662
		Telefax:	(0228) 123342666
		E-Mail:	WolfgangBernath@BMVg.Bund.de

> Termine

Termine 2023 der Pensionäre Bereich VIII

> Kontakt

Sprecher Ruhestandsbeamte Bereich VIII/BMVg
OAR a.D. Manfred Schenke
Telefon (0228) 6847609, E-Mail: m.schenke@web.de

Übersicht für 2023

- > Montag, 9. Januar 2023 um 14.00 Uhr
(Hardthöhe, Tagungszentrum)
Lichtbildervortrag über Rom mit dem Schwerpunkt „Evangelisch in Rom“ von Bernd Henkel. Er hat von 1973 bis 1977 in Rom gelebt und war dort auch ehrenamtlich im Gemeinderat der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde tätig. Danach ist es ihm von Bonn aus gelungen, seine Begeisterung für Italien bei zwölf Studienreisen an Mitglieder des Bereiches VIII des VBB weiterzugeben.

Eine – unverbindliche – Anmeldung (bevorzugt per E-Mail) erbitte ich bis zum 4. Januar 2023. Bei dieser Veranstaltung liegen auch die diversen Formate der VBB-Kalender bereit.

- > Dienstag, 4. April 2023, 14.00 Uhr (Tagungszentrum)
- > Dienstag, 4. Juli 2023, 14.00 Uhr (Tagungszentrum)
- > Dienstag, 10. Oktober 2023, 14.00 Uhr (Tagungszentrum)

Nähere Einzelheiten zu den Terminen (Themen und Referenten) werden rechtzeitig im VBB-Magazin veröffentlicht.

Hinweise:

1. Das „Tagungszentrum“ ist das ehemalige „Besucherzentrum“.
2. Die Planung steht unter dem Vorbehalt der Regelungen zu „Corona“.
3. FFP2-Mund-Nasen-Schutz ist beim Betreten der Hauptwache und des Tagungszentrums nach derzeitiger Kenntnis erforderlich.
4. Impfnachweise bitte mitführen.
5. Vereinfachtes Einlassverfahren Hardthöhe:

Falls Sie bisher noch nicht am vereinfachten Einlassverfahren zu des VBB teilgenommen haben, nehmen Sie bitte baldmöglichst Verbindung zu mir auf, bevorzugt per E-Mail. Ich benötige Ihre Geburtsdaten und die Nummer des Personalausweises, auch für eventuelle Begleitpersonen. Gleiches gilt, wenn sich die Nummer des Personalausweises zwischenzeitlich geändert hat.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Manfred Schenke

PS: Bitte teilen Sie mir Ihre E-Mail-Adresse mit, soweit noch nicht geschehen.



© Pixabay.com

Einladung Adventskaffee des Bereichs VIII in Bonn

Wir laden alle Mitglieder am Standort Bonn am Donnerstag, dem 17. November 2022, ab 15.00 Uhr ins Besucher- beziehungsweise Tagungszentrum auf die Hardthöhe ein.

Mitglieder des Bereichs IX, die auf dem Hardtberg Dienst leisten, sind ebenfalls gerne eingeladen.

Der Bereichsvorstand freut sich auf gute Gespräche in gemütlicher Atmosphäre bei Heiß- und Kaltgetränken sowie Gebäck. Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung per E-Mail an bereich8@vbb-bund.de. ■



© VBB



Frühbucher-Vorteil

Inkl. deutschlandweiter Haustürabholung

Ihr deutschsprachiges Premium plus-Schiff MS VISTASUN

- 📍 Alles-Inklusive Verpflegung an Bord
- 📍 „Twin Cruiser“: besonders geräusch- und vibrationsarmes Schiff
- 📍 Großes Sonnendeck mit ausreichend Sonnen- & Schattenplätzen
- 📍 Geräumiger Panorama-Salon und Panorama-Restaurant
- 📍 Deutschsprachige Reiseleitung
- 📍 Komfortable Kabinen mit TV, Klimaanlage, Kühlschrank, Safe, DU/WC, Föhn
- 📍 Viele Kabinen mit französischem Balkon



6 Tage / 5 Nächte
Alles-Inklusive ab €
699,- p.P.

Donaumetropolen 2023

Erleben Sie **ab/bis Passau** eine komfortable Schnupperreise mit vielen Impressionen. Zunächst erleben Sie österreichischen Charme in der Kaiserstadt **Wien**, bevor es weiter nach **Budapest** geht. **Bratislava** besticht durch Paläste und Herrenhäuser aus der Zeit der Kaisermonarchie. Flussaufwärts erreichen Sie die **Wachau**, geprägt von zauberhaften Städtchen und umgeben von Weinterrassen.



Reisecode: DBB1122-SUNMET



8 Tage / 7 Nächte
Alles-Inklusive ab €
1.149,- p.P.

Donauromanze 2023

Entdecken Sie **ab/bis Passau** die kulturellen und landschaftlichen Perlen bei dieser „klassischen“ Donaureise. Genießen Sie die Schönheit der **Wachau** und ergründen Sie **Wien** und **Budapest** bei besonders langen Liegezeiten. **Esztergom** begeistert mit mittelalterlicher Architektur, bevor Sie **Bratislava** mit seiner stadtübertragenden Burg und **Melk** mit dem berühmten Stift erreichen.



Reisecode: DBB1122-SUNROM



17 Tage / 16 Nächte
Alles-Inklusive ab €
2.499,- p.P.

Donaudelta 2023

Erleben Sie **ab/bis Passau** die ganze Vielfalt der Donau. Neben den faszinierenden Kaiser-Metropolen **Wien**, **Budapest** und **Bratislava** erleben Sie auch die serbische Hauptstadt **Belgrad**. Die Fahrt führt vorbei an malerischen Flusslandschaften, Klöstern und Burgen bis in das atemberaubende **Donaudelta** am **Schwarzen Meer**, wo wir Ihnen eine Bootsfahrt durch das **Naturparadies** empfehlen.



Reisecode: DBB1122-SUNDEL

SORGLOS BUCHEN UND REISEN! ▶ Renommierter Flussreisen-Spezialist seit über 35 Jahren ▶ Persönliche Beratung & individuelle Gäste-Betreuung ▶ Es erwarten Sie höchste Sicherheits- & Hygienestandards an Bord des Schiffes und bei den Bustransfers ▶ **Komplette Kostenrückerstattung bei pandemiebedingter Absage oder kostenlose Umbuchung**

IHRE REISEVORTEILE:

- ✓ Inkl. **deutschlandweiter Haustürabholung** mit An- & Abreise im modernen Fernreisebus: bequem ab/bis zu Hause
 - ✓ Auch **ohne Haustürabholung buchbar**, dann Preise € 150,- p.P. günstiger und inkl. € 30,- Ausflugs Guthaben p.P.
 - ✓ Mit **Alles-Inklusive Verpflegung mit ausgewählten Getränken**: Vollpension mit offenen Getränken, wie Hauswein, Fassbier, Softgetränke, Säfte, Mineralwasser sowie Kaffee und Tee (8:00-24:00 Uhr)
 - ✓ Inkl. **festlichem Gala-Dinner**
 - ✓ Inkl. **deutschsprachiger Reiseleitung**
- Bei **VIP-Kabinen zusätzlich**: Inkl. Obstteller und eine Flasche Sekt

IHRE ABFAHRTSTERMINE 2023 & IHRE FRÜHBUCHER-SONDERPREISE

(P.P. IN €)

Reise 1, Donaumetropolen: SAISON A: 25.03. / 29.10.2023 SAISON B: 13.04. / 19.10. / 24.10.2023 SAISON C: 04.05. / 01.06. / 31.08. / 21.09.2023
Reise 2, Donauromanze: SAISON D: 30.03. / 06.04. / 12.10.2023 SAISON E: 03.08. / 10.08. / 17.08. / 24.08.2023
SAISON F: 25.05. / 22.06. / 29.06. / 06.07. / 13.07. / 20.07. / 27.07.2023
Reise 3, Donaudelta: SAISON G: 18.04. / 26.09.2023 SAISON H: 09.05. / 06.06. / 05.09.2023

Kat.	Kabine (Deck)	Reise 1			Reise 2			Reise 3	
		Saison A	Saison B	Saison C	Saison D	Saison E	Saison F	Saison G	Saison H
HVD	2-Bett Außen (HD, vorne)	699,-	779,-	849,-	1.149,-	1.199,-	1.249,-	2.499,-	2.649,-
HD2	2-Bett Außen (HD)	759,-	839,-	909,-	1.229,-	1.279,-	1.329,-	2.679,-	2.829,-
MD2	2-Bett Außen Superior frz. Balkon (MD)	909,-	1.009,-	1.079,-	1.479,-	1.529,-	1.579,-	3.039,-	3.189,-
ODA	2-Bett Außen Deluxe frz. Balkon (OD, achtern) - VIP	939,-	1.039,-	1.109,-	1.539,-	1.589,-	1.639,-	3.139,-	3.289,-
OD2	2-Bett Außen Deluxe frz. Balkon (OD) - VIP	969,-	1.069,-	1.139,-	1.599,-	1.649,-	1.699,-	3.219,-	3.369,-
EZZ	Zuschlag Alleinbenutzung Kat. MD2, OD2	+150,-	+300,-	+300,-	+200,-	+400,-	+500,-	+1.000,-	+1.200,-

Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage und in unserem Online-Shop.

Preisreduziertes Ausflugspaket: Reise 1 & 2 mit Stadtbesichtigungen Wien, Budapest & Bratislava: € 76,- p.P. //

Reise 3 zusätzlich mit Stadtbesichtigung Belgrad & Donauknien: € 135,- p.P.

HD=Hauptdeck, MD=Mitteldeck, OD=Oberdeck.

Jetzt anrufen ...und gleich Vorzugsangebot sichern oder kostenlosen Sonderprospekt zur Wunschreise anfordern!

Persönliche Beratung & Buchung:
06128 / 740 81 60 (MO-SO: 8-22 Uhr)
Bitte Reisecode angeben!

Online buchen: www.rlw-touristik.de/DBB1122
Viele weitere Sonderangebote:
www.rlw-touristik.de



Unser neuer Katalog 2023 mit vielen Fluss- & Seereisen zu Sonderpreisen!
Jetzt gleich kostenlos anfordern!

RLW TOURISTIK seit 1984
Ihr Reisespezialist seit 35 Jahren.

Veranstalter: RIW Touristik GmbH, Georg-Ohm-Str. 17, 65232 Taunusstein. // **Wichtige Hinweise:** Bitte beachten Sie, dass Sie zum Reiseantritt vollständig gegen das Coronavirus geimpft oder von einer Infektion genesen sein müssen (2G-Prinzip). // **Reisedokumente:** Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass (Reise 1 & 2) bzw. einen bis 3 Monate nach Reiseende gültigen Reisepass (Reise 3). Staatsbürger anderer Nationen informieren wir vor der Buchung über Ihre Einreisebestimmungen – bitte geben Sie uns Ihre Nationalität vor der Buchung an. // **Mindestteilnehmerzahl** pro Termin: 150 Personen. Bei nicht Erreichen der Mindestteilnehmerzahl ist eine Absage der Reise bis 30 Tage vor Reiseantritt vorbehalten. // **Diese Reise** ist grundsätzlich nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet. Personen mit eingeschränkter Mobilität beraten wir vor der Buchung der Kreuzfahrt. // **Änderungen** vorbehalten. Es gelten die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten und die AGB der RIW Touristik GmbH (auf Wunsch Zusendung der AGB vor Buchungsabschluss). Mit Aushändigung des Sicherungsscheines ist eine Anzahlung in Höhe von 20% des Reisepreises fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. Verfügbarkeit, Druck- und Satzfehler vorbehalten. **Datenschutzinformationen:** Wir sind daran interessiert, die vertrauensvolle Kundenbeziehung mit Ihnen zu pflegen und Ihnen Informationen und Angebote zukommen zu lassen. Deshalb verarbeiten wir auf Grundlage von Artikel 6 (1) (f) der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (auch mit Hilfe von Dienstleistern) Ihre Daten, um Ihnen Informationen und Angebote von uns zuzusenden. Wenn Sie dies nicht wünschen, können Sie jederzeit bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen (Telefon: 06128 / 740810, E-Mail: werbung@rlw-touristik.de). Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.rlw-touristik.de/Datenschutz. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie ebenfalls unter unserer Anschrift.

Strahlende Gesichter in Bonn

„Zufriedene Mienen danken es Ihnen.“ So lautet das Resümee der diesjährigen Mitgliederehrung des Bereichs VIII, welche kürzlich in Bonn stattfand.

Erstmals war das geschichtsträchtige Rheinhotel Dreesen

beauftragt, den Abend würdig zu gestalten, und kam seinem guten Ruf in jeder Hinsicht nach. Unter Anwesenheit weiterer Mitglieder des Bereichsvorstands sowie der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Katja *Wiskirchen* führte der Be-

reichsvorsitzende Wolfgang *Bernath* durch den Abend.

Außerordentlich erfreulich war die Möglichkeit, zwei Kollegen bei bester Gesundheit für stolze 60 Jahre Mitgliedschaft besonderen Dank sagen zu können.

Der Bereichsvorstand gratuliert allen Jubilaren nochmals auf diesem Wege und wird denjenigen, die keine Gelegenheit zur Teilnahme hatten, Urkunde und Nadel postalisch zukommen lassen.



© VBB

> Personalnachrichten

Wir gratulieren zur Ernennung

zur Regierungsoberamtsrätin
Estelle-Marie Beckmann,
Köln
Alexandra Riebesell,
Koblenz

zum Technischen Regierungsoberamtsrat
Gregor Hermes, Trier

zum Regierungsamtsrat
Marco Schneider, Vulkaneifel

zum Amtsrat
Christian Kollmorgen, Berlin

zur Regierungsamtsfrau
Kristin Sara Eckert,
Homburg (Efze)
Henriette Weise, Leipzig
Patricia Döring, Köln

zum Regierungsamtmann
Kay Richert, Flensburg
Lukas Naber, Düsseldorf
Daniel Wenig, Koblenz
Martin Jüliger, Vulkaneifel

zum Regierungsoberinspektor
Martin Kirch, Koblenz
Maik Besancon, Berlin
Mike Adamek, Homburg (Efze)

zum Technischen Regierungsamtsinspektor
Norbert Bloch, Flensburg

zur Regierungsoberinspektorin
Angela Zapp, Zweibrücken

zum Technischen Regierungsamtsinspektor
Marco Lüdrichsen, Leck
Michael Boll, Husum

zur Regierungsamtsinspektorin
Marion Schneider, Rostock
Kathrin Bergert, Strausberg

zum Regierungsamtsinspektor
Armin Teicher, Hannover (K)
Ralf Pagen, Bonn

zum Hauptbrandmeister
Frank Falkowski, Rendsburg
Steffen Kruse, Faßberg
Jens Wagner, Faßberg

zum Oberbrandmeister
Alexander Werlich, Wunstorf

zum Regierungsobersekretär
Dominik Fischer,
Stetten am kalten Markt

Alle guten Wünsche für den Ruhestand

dem Direktor BAAINBw a.D.
Martin Saas, Koblenz

dem Ministerialdirigent a.D.
Werner Frank, Berlin

den Technischen Regierungsoberamtsräten a.D.
Ludger Thoenes, Koblenz
Harald Fox, Trier

den Regierungsoberamtsräten a.D.
Rainer Friedrich, Koblenz
Arnold Bauer,
München/Fürstenfeldbruck
Franz Haderer,
Nord-Oberpfalz

dem Technischen Regierungsamtsrat a.D.
Thomas Petersen, Kiel

der Regierungsoberamtsrätin a.D.
Marion Schenk,
München/Fürstenfeldbruck

dem Regierungsamtmann a.D.
Hubert Lehnen, Aachen/Jülich

dem Technischen Regierungsamtsinspektor a.D.
Wolfgang Müller, Bonn

den Hauptbrandmeistern a.D.
Christoph Harke,
Dülmen/Recklinghausen
Lothar Schellak,
Kaufbeuren/Füssen

dem Regierungsamtsinspektor a.D.
Norbert Horsch, Koblenz

dem Regierungshauptsekretär a.D.
Dirk Soffner, Aachen/Jülich

dem Technischen Regierungshauptsekretär a.D.
Michael Lenz, Wilhelmshaven

dem Oberbrandmeister a.D.
Heinz-Harald Schmitz, Wahn

> In stiller Trauer ...

... gedenken wir unserer verstorbenen Kollegen

Regierungshauptsekretär a.D. Wilhelm Bauer, Stuttgart-Feuerbach

Regierungsoberamtsrat a.D. Leo Fellmann, Oy-Mittelberg

Regierungsamtsinspektor a.D. German Goldstein, Koblenz

Regierungsoberamtsrat a.D. Helmut Hansen, Koblenz

Amtsinspektor a.D. Robert Hartmann, Kaufbeuren

Regierungsamtmann a.D. Hans Höfers, Bremen

Regierungsamtmann a.D. Wolfgang Jacobsen, Remagen

Regierungsdirektor Andreas Lehmann, Eckernförde

Regierungsamtsrat a.D. Horst Mansfeld, Weilheim

Regierungsamtsrat a.D. Günter Meetz, Wiesbaden

Regierungsamtmann a.D. Heinz-Jörg Naumann, Braunschweig

Oberregierungsrat a.D. Hermann Precking, Vallendar

Regierungsamtsrat a.D. Hans-Peter Reisen, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Technischer Amtsinspektor a.D. Rolf Schlosser, Greding

Bibliotheksamtmann a.D. Hanns-Helmut Schnebel, Langenfeld

Regierungsamtmann a.D. Heinrich Süß, Stadtallendorf

Technischer Regierungsoberinspektor a.D. Wilfried Zessner, Flintbek



> Hinweis

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) veröffentlicht im VBB-Magazin regelmäßig persönliche Nachrichten aus folgenden Anlässen: Personalnachrichten (Beförderung, Eintritt in den Ruhestand) und Trauerfälle.

Veröffentlicht werden hierbei Name, Vorname, Amtsbezeichnung und Zugehörigkeit zur VBB-Standortgruppe beziehungsweise Wohnort. Rechtsgrundlage ist Artikel 6 Abs. 1 lit. f) EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Veröffentlichung erfolgt aufgrund der Meldung durch die Bereiche/Landesverbände, der Standortgruppe oder der Veränderungsanzeige durch das Mitglied selbst.

Wenn Sie eine Veröffentlichung nicht wünschen, können Sie dieser jederzeit widersprechen.

Es genügt eine Mitteilung in Textform. Ein Widerspruch per E-Mail kann gesendet werden an mail@vbb-bund.de.

Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben. Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben **(K)** gekennzeichnet. Die Schriftleitung bittet darum, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.

Genderhinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

> Zudem ...

... kann es sein, dass zahlreiche der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten schon einige Zeit zurückliegen, da sie uns erst jetzt zur Kenntnis gelangen. Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist. *Schriftleitung*

Versorgungsausgleich

Rechtsberatung und Vertretung in Versorgungsausgleichssachen

Schwerpunkte:

- ▶ Bundesweite Verfahren zur Beendigung des VA wegen Tod – auch nach mehr als 36-monatiger Bezugsdauer (VA nach Recht bis 8/2009)
- ▶ Verminderung des VA bei Pensionsbezug vor der Regelaltersgrenze (VA nach Recht ab 9/2009)

Verfahren in allen Bundesländern * einfacher und kostenloser Erstkontakt per Telefon, Post oder eMail ! - kein Vor-Ort-Termin notwendig-

Kanzlei RB Rudi F. Werling

Güterstr. 9, 75177 Pforzheim * Tel. 07231-32871

eMail: info@va-kanzlei.de * Internet: www.va-kanzlei.de

eGovernment MONITOR 2022

Mangelhafte Digitalisierung befördert Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Staates

In Deutschland traut nur noch ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger dem Staat zu, dass alle Verwaltungsleistungen in absehbarer Zeit online angeboten werden. Das ist ein zentrales Ergebnis des am 12. Oktober in Berlin vorgestellten eGovernment MONITOR 2022 der Initiative D21, an dem sich der dbb erstmalig als Partner beteiligte.

Die Ergebnisse des eGovernment MONITOR 2022 decken sich mit denen unserer aktuellen dbb Bürgerbefragung – das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Leistungsfähigkeit ist auf einem Tiefstand. Wenn nur noch 23 Prozent der Befragten glauben, dass der Staat gravierende Krisen gut meistern kann, müssen bei den politischen Verantwortlichen alle Alarmglocken angehen. Wir brauchen dringend einen Modernisierungs- und Investitionsschub für den öffentlichen Dienst, um aktuelle und künftige Herausforderungen meistern zu können. Schon heute fehlen Bund, Ländern und Kommunen 360 000 Beschäftigte“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 12. Oktober 2022 in Berlin.

Aus den Studienergebnissen wird deutlich, dass fehlende oder schlecht umgesetzte Verwaltungsdienstleistungen und eine mangelhafte Digitalisierung im Bildungsbereich langfristig eine Gefahr für die Akzeptanz von Verwaltung und Staat darstellen. Viel Vertrauen wurde insbesondere bei der Digitalisierung der Verwaltung verspielt. Das prominenteste Beispiel hierfür ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Deutschland hatte sich mit der Umsetzung des OZG hohe Ziele für die Verwaltungsdigitalisierung gesetzt: Die Bilanz bisher ist jedoch ernüchternd. „Bund, Länder und Kommunen sind meilenweit davon entfernt, wie geplant alle 575 Leistungen aus dem Onlinezugangsgesetz bis zum Jahresende in der Fläche und vollständig digital anbieten zu können. Die Erwartungen der Bevölkerung wie auch der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind immens, dass



Foto: Colourbox.de

jetzt endlich Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt werden“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich. „Der Vertrauensverlust in die staatliche Leistungsfähigkeit ist ein Resultat der jahrzehntelangen Sparpolitik auf Kosten von Behörden, Verwaltung und Infrastruktur. Um substanzielle Fortschritte bei der Digitalisierung des Staates zu erreichen, muss dringend in eine bessere Sach- und Personalausstattung investiert werden. Außerdem muss das Kompetenz- und Verantwortungsdurcheinander zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei der Digitalisierung endlich ein Ende haben“, forderte der dbb Chef.

Aktuelle E-Government-Nutzung

Bei der Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen ist im Vergleich zum Vorjahr kaum Bewegung zu sehen. Die Herausgeber der Studie kommen zu dem Fazit, dass der Staat die beabsichtigte Wirkung seiner Online-Dienste nur durch mehr Bekanntheit und eine höhere Zufriedenheit erreichen kann. Um E-Government-Angebote nutzen zu können, müssen die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass die Leistung bei Bedarf online wahrgenommen werden kann und wo sie ihr Anliegen online abwickeln können. Die Studienergebnisse zeigen deutlich, dass bereits bestehende E-Government-Angebote noch nicht in der Breite der Gesellschaft bekannt sind. Exemplarisch hierfür ist, dass 44 Prozent der Befragten das Kindergeld offline beantragt haben, ohne die Online-Alternative zu kennen.

„Um substanzielle Fortschritte bei der Digitalisierung des Staates zu erreichen, muss dringend in eine bessere Sach- und Personalausstattung investiert werden.“

Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender

Digitale Bildung in den Schulen

Ein Bestandteil des diesjährigen eGovernment MONITORs ist auch das Thema Digitalisierung der Schulen. Dabei stand die Frage, wo die deutschen Schulen im Jahr 2022 in Sachen Digitalisierung aus Perspektive der Eltern stehen, im Zentrum der Befragung. Die Ergebnisse zeigen, dass vielerorts wichtige Grundvoraussetzungen, um die Lernenden auf ein Leben im digitalen Zeitalter vorzubereiten, nicht erfüllt sind. Weder die im Rahmen des DigitalPaktes Schule bereitgestellten Mittel noch der pandemiebedingte Digitalisierungsschub haben bisher in Deutschland ausgereicht, um das Schulsystem in Bezug auf moderne Technologien und die Entwicklung von Digitalkompetenzen deutlich voranzubringen.

Die Probleme sind grundlegend. So haben zum Beispiel nur 62 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, einen Internetzugang in ihrer Schule zu nutzen. Kritisiert wird auch die mangelhafte Geräteausstattung an den Schulen. Nur jeder zweite Elternteil zeigt sich mit dieser zufrieden. Als größte Hürden für den digitalen Schulunterricht werden von den Eltern zudem fehlendes Personal, fehlende finanzielle Mittel und nicht vorhandenes digitales Lehrmaterial genannt. Die Studienergebnisse zeigen deutlich, dass noch erheblicher Handlungsbedarf aufseiten der Politik besteht, um die Schulen fit für das digitale Zeitalter zu machen. *jbr*



Der eGovernment MONITOR ...

... des großen deutschen Digitalisierungsnetzwerks von Politik, Wirtschaft und Verwaltung, Initiative D21, dem auch der dbb angehört, untersucht seit 2010 den Fortschritt der digitalen Transformation in Verwaltung und Staat. Im Fokus stehen dabei die Bekanntheit und Akzeptanz von digitalen Verwaltungsleistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie die Nutzung entsprechender Angebote. Erstmals wurde in dem diesjährigen Bericht auch das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Leistungsfähigkeit abgefragt.

<https://initiated21.de/egovmon22/>

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Laufbahnrecht in der Praxis

Der Inhalt im Überblick:

- Bundes- und Landesrecht
- gesetzliche Regelungen und Laufbahnverordnungen
- Gesetzesbegründungen, Verwaltungsvorschriften, Anmerkungen, Rechtsprechungsnachweise

Was Sie davon haben:

- Zusammenfassung des in der Bundesrepublik geltenden Laufbahnrechts, das sich aufgrund der Föderalismusreform I zunehmend auseinanderentwickelt.
- praxisorientierte Kommentierung
- Das Buch ermöglicht erstmals den unmittelbaren Vergleich der verschiedenen landes- und bundesrechtlichen Laufbahnbestimmungen.
- geeignet für Behörden, Kanzleien und Gerichte

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.



1396 Seiten
5., überarbeitete Auflage 2020
€ 58,90* je Exemplar
 ISBN 978-3-87863-229-0
 * inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

DBB Verlag GmbH
 Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
 Telefon: 030.726 19 17-23
 Telefax: 030.726 19 17-49
 E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
 Internet: www.dbbverlag.de
 Onlineshop: shop.dbbverlag.de

BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Laufbahnrecht in Bund und Ländern«
 (€ 58,90 zzgl. Porto und Verpackung)
- Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-23, Fax: 030.726 19 17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de.

Werbeeinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 030.726 19 17-49 oder telefonisch unter 030.726 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift



Einkommensforderung vorgestellt

10,5 % für den öffentlichen Dienst

© Thomas Rosenthal (2)

dbb Chef Ulrich Silberbach erwartet schwere Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. „Das werden hammerharte Verhandlungen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 11. Oktober 2022 bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderung für die am 24. Januar 2023 beginnende Einkommensrunde.

Die Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Einkommen sei angesichts der volatilen Lage aber „mehr als gerechtfertigt“, so Silberbach weiter. „Die Stimmung in den Betrieben und Behörden des öffentlichen Dienstes war noch nie so schlecht. Veralterte Ausstattung, steigende Arbeitsbelastung, hohe Krankenstände, sinkende Motivation: Das sind alles Alarmzeichen. Umso dringender sind jetzt positive Impulse beim Thema Bezahlung.“ Das Verhandlungsergebnis müsse deshalb am Ende zweierlei sicherstellen: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nehmen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil. Das ist ihr gutes Recht. Außerdem wird die Wettbewerbsfähigkeit des Staates als Arbeitgeber gesichert. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, was für eine existenzielle Herausforderung die Nachwuchsgewinnung für Bund und Kommunen geworden ist. Uns fehlen ja jetzt schon 360 000 Leute und diese Zahl wird schnell anwachsen.“

Der dbb Chef setzt daher auf dauerhafte Gehaltssteigerungen statt auf Einmalzahlungen. Mit den Arbeitgebern sei auch zu klären, „wie wir mit den im Raum stehenden Sonderzahlungen von bis zu 3 000 Euro umgehen“, hatte Silberbach im Vorfeld der Vorstellung der Einkommensforderung am 9. Oktober 2022 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) gesagt. Die Bundesregierung hatte den Sozialpartnern in Aussicht ge-



© Marco Urban

Der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke, dbb Chef Ulrich Silberbach und dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer (von links) erläuterten die Einkommensforderung der Gewerkschaften am 11. Oktober 2022 in Berlin vor der Presse.

„Einmalzahlungen sehen wir kritisch, weil wir einen langfristigen Inflationsausgleich brauchen.“

Ulrich Silberbach

stellt, dass der Staat auf Steuern und Abgaben verzichtet, wenn sie sich auf solche Sonderzahlungen einigen. „Einmalzahlungen sehen wir kritisch, weil wir einen langfristigen Inflationsausgleich brauchen, der in den Einkommenstabellen greift.“ Als ergänzendes Instrument wolle er die Möglichkeit von solchen Sonderzahlungen aber auch nicht gänzlich ausschließen.

Darüber hinaus betonte Silberbach, dass die Beschäftigten keinen Reallohnverlust hinnehmen dürften. Entsprechend hoch sei die Einkommensforderung. Ebenso sei die Stimmung bei vielen Mitgliedern der dbb Fachgewerkschaften angesichts der steigenden Energiepreise aufgeheizt und sorgenvoll: „Wenn wir uns im Frühjahr nicht auf eine vernünftige Lösung verständigen, wäre das echter sozialer Sprengstoff.“

„Die Beschäftigten brauchen jetzt ein sattes Pfund an Erhöhungen.“

Volker Geyer

Hinsichtlich der Rettungsaktionen des Staates für Unternehmen in der gegenwärtigen Gas- und zuvor in der Coronakrise unterstrich der dbb Bundesvorsitzende, es erzeuge „eine gefährliche Schieflage“, wenn der Staat marode Unternehmen rette, aber seine eigenen Beschäftigten finanziell nicht ausreichend ausstatte. „Schon heute haben zwei Drittel der Menschen kein Vertrauen mehr in den Staat“, sagte Silberbach unter Verweis auf die dbb Bürgerbefragung von Anfang September.

Im Vorfeld der Einkommensrunde ausgesprochene Warnungen der Arbeitgeber, dass die Finanzlage des Staates keine Einkommensverbesserung für die Beschäftigten zuließe, wies der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer entschieden zurück: „Dieses Mantra wird durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Das Gegenteil stimmt: Wenn wir jetzt nicht in den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten investieren, bedeutet das nicht nur massive Reallohnverluste für die Kolleginnen und Kollegen, sondern auch eine nachhaltige Beschädigung der für die Überwindung der aktuellen Doppelkrise so wichtigen kritischen Infrastruktur Staat.“ Das bedeute, dass die Beschäftigten „ein sattes Pfund an Erhöhungen brauchen, um mit den wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, die jetzt und in der nächsten Zeit den Alltag prägen werden“.

Die dbb Jugend mahnt die Arbeitgeber, Nachwuchsgewinnung in dieser Einkommensrunde ernst zu nehmen: „Wir befinden uns inmitten mehrerer Krisen. Die Inflation und drohende Rezession trifft zunehmend junge Leute, die sich um die Sicherheit ihrer Zukunft sorgen. Auch sie müssen die steigenden Preise zahlen, obwohl ihnen meist wesentlich weniger Geld für ihre Lebenshaltungskosten zur Verfügung steht“, sagte der Vorsitzende der dbb Jugend, Matthäus Fandrejewski, nach der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderungen. Eine Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte um 200 Euro sowie die unbefristete garantierte Übernahme seien daher mehr als angemessen.

Zudem sei sofortiges Handeln erforderlich, um rechtzeitig vor der prognostizierten Ruhestandswelle Nachwuchskräfte zu gewinnen: „Die Arbeitgeber müssen endlich einsehen, dass uns die Zeit



Wie in der Einkommensrunde für Bund und Kommunen 2020 sind die Beschäftigten auch 2023 bereit, für ihr Anliegen auf die Straße zu gehen.

Die Kernforderungen

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro (Laufzeit 12 Monate)
- > Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte um 200 Euro

davonläuft. Wir brauchen mehr junge Leute, und die bekommen wir nur, wenn wir den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten. Unsere Forderungen sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“

Auch die weiteren Kernforderungen hält der Vorsitzende der dbb Jugend für richtig: „Es war und ist der öffentliche Dienst, der den Staat und die Gesellschaft in diesen anhaltenden Krisen am Laufen hält. Die Forderung nach einer Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro ist daher absolut angebracht.“

„Wir brauchen mehr junge Leute, und die bekommen wir nur, wenn wir den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten.“

Matthäus Fandrejewski

Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen sowie weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Weiter zählen Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen ebenso dazu wie knapp 190 000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter. Auch soll der zu erzielende Tarifabschluss auf die mehr als 500 000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund übertragen werden. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes wie zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund).



© Jan Brenner

dbb Gewerkschaftstag 2022

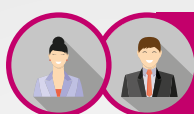
Das Event in Zahlen

Alle fünf Jahre tagt der Gewerkschaftstag als höchstes Beschlussgremium des dbb in Berlin. Selbst in der Hauptstadt ist es nicht leicht, einen geeigneten Tagungsort für mehr als 1 000 Menschen zu finden. Das Estrel Congress Center (ECC) in Berlin-Neukölln bietet die nötigen Ressourcen.

23

4 Sitzungstage

631 stimmberechtigte Delegierte

15 Veranstaltungen

**Rund 370 Gastdelegierte
und Ehrengäste**

**908 Anträge an den Gewerkschafts-
tag, darunter 35 Leitanträge**

Mehr als 10 000 Quadratmeter Tagungsfläche

**Modernes elektronisches
Abstimmungsverfahren**

16 Aussteller


© Estrel

EuGH-Urteil

Wann Urlaubsansprüche nicht verfallen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) fällt immer wieder Urteile, die wichtige Maßstäbe für die Anwendung nationalen Arbeits- und Sozialrechts setzen. Aktuell ist das mit Blick auf die Unverfallbarkeit von Urlaubsansprüchen der Fall.

Besonders die europäische Arbeitszeitrichtlinie ist immer wieder Grundlage für wichtige Gerichtsentscheidungen. Der EuGH gründet seine Urteile auf die europäische Zuständigkeit für den Arbeitsschutz. Damit wird auch das deutsche Arbeitsrecht erheblich durch europäische Arbeitsschutzrichtlinien bestimmt.

Die Europäische Union hat nur begrenzte sozialpolitische Kompetenzen. Sie hat aber überall da erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten, wo es um das Funktionieren des Binnenmarktes geht. Schlechte Arbeitsbedingungen können den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren. Deshalb wurde bereits 1989 von der damaligen Europäischen Gemeinschaft die Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz angenommen. Ihre Inhalte und weitere darauf aufbauende Richtlinien prägen das deutsche Arbeitszeitgesetz und, soweit anwendbar, auch die Arbeitszeitverordnungen im öffentlichen Dienst.

Die Anwendung des Begriffs „Arbeitnehmer“ ist in Europa also sehr weit gefasst. Um Schlupflöcher für Schlechterstellungen in den Mitgliedstaaten zu vermeiden, wird der Begriff Arbeitnehmer in der EU bewusst auf alle Beschäftigten angewandt. Somit gelten die europäischen Mindestschutznormen prinzipiell für alle Beschäftigten. Dies kann in Deutschland zu unbeabsichtigten Normenkollisionen zwischen dem EU-Recht und dem Beamtenrecht führen, denn nach deutschem Recht sind Beamte keine Arbeitnehmer. In der Regel werden Konflikte zwischen europäischem und öffentlichem Dienstrecht dadurch vermieden, dass die EU das öffentliche Dienstrecht als eigenständigen Rechtskreis im Hoheitsbereich der Mitgliedstaaten respektiert und anerkennt, dass es darin angemessene Schutzregeln im Sinne auch der europäischen Mindestschutznormen gibt beziehungsweise dass diese durch andere, eigenständige Regelungen voll kompensiert werden.

Ähnlich verhält es sich nun mit Blick auf die aktuelle EuGH-Entscheidung zum Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern vom 22. September 2022 (C-120/21). Das Bundesarbeitsgericht hatte dem EuGH drei bei ihm anhängige Verfahren zur Vorabentscheidung vorgelegt. Das geschieht immer dann, wenn höchste deutsche Gerichte um eine Klärung europarechtlicher Fragen für ihre

abschließende Entscheidung bitten. Sie sind sodann in der europarechtlichen Auslegung ihres abschließenden Urteils an die Entscheidung des EuGHs gebunden.

Der EuGH entschied nun, dass die Arbeitszeitrichtlinie und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die ein Recht auf bezahlten Jahresurlaub vorsieht, so auszulegen sind, dass der Anspruch eines Arbeitnehmers auf bezahlten Jahresurlaub nur dann erlöschen kann, wenn der Arbeitgeber ihn rechtzeitig in die Lage versetzt hat, seinen Urlaubsanspruch geltend zu machen. Daraus ergibt sich, dass der Urlaubsanspruch finanziell abgegol-

ten werden muss, wenn der Arbeitnehmer dauerhaft krank oder erwerbsunfähig wird beziehungsweise nach seiner Genesung bereits in Rente ist und vor Renteneintritt oder krankheitsbedingt keine Möglichkeit mehr bekam, seinen Urlaubsanspruch geltend zu machen.

Für die Beschäftigten mit Arbeitsverträgen ist diese Entscheidung gewerkschaftspolitisch begrüßenswert. Für Beamtinnen und Beamte stellt sich dieser Problemkreis aber so nicht. Denn anders als für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (nach deutschem Recht) gilt für die Beamtinnen und Beamten der Grundsatz der Alimentation.

Das bedeutet, dass die Beamten auch bei langer Krankheit keine Verluste bei der Besoldung haben, während die angestellten Beschäftigten nach sechs Wochen statt Arbeitslohn nur Krankengeld bekommen. Ähnlich sind wohl Fallkonstellationen zu beurteilen, in denen Ruhestand und Versorgung auf die Erkrankung folgen. Es bleibt daher zunächst abzuwarten, wie das BAG die Vorgaben des EuGH umsetzt. *cm*



Foto: Colourbox.de

dbb begrüßt Stärkung der Arbeitnehmerrechte

Der dbb begrüßt die Entscheidung des EuGH zum Fortbestand von Urlaubsansprüchen, da sie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärkt. Für das Beamtenrecht in Deutschland, das dem Alimentationsgrundsatz unterliegt und einen eigenständigen Rechtskreis darstellt, ist hingegen ein gutes und weitreichendes Schutzniveau vorhanden, sodass dieses Urteil nur bedingt Anwendung finden kann.

IT-Ausbildung an Hochschulen für den öffentlichen Dienst

„Das verrückte Labyrinth“

Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst haben ihre IT-Ausbildungskapazitäten mittlerweile deutlich erhöht – jetzt werden Studierende gesucht.



Der Staat braucht flächendeckend eigene IT-Kompetenz und bindet diese im Idealfall schon während der Ausbildung an sich. Und so erleben an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland, an denen angehende Beamtinnen, Beamte und teilweise auch Angestellte traditionell in Kooperation mit Verwaltungen und Behörden dual ausgebildet werden, die Ausbildungskapazitäten in Sachen Verwaltungsinformatik, Digitale Verwaltung & Co einen regelrechten Boom.

Einer aktuellen Erhebung des dbb jugend magazins #staatklar zufolge gibt es an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst auf Bundes- und Länderebene sowie kooperierenden Hochschulen mittlerweile rund 1 200 duale Studienplätze pro Jahr mit IT-Schwerpunkt für die allgemeine Verwaltung – die gesonderten Studiengänge für Karrieren in der Finanzverwaltung und bei den Sicherheits- und Justizbehörden nicht mitgerechnet.

Ein Run auf jährlich rund 1 200 Studienplätze ist bislang weitgehend ausgeblieben

Allein: Ein Run auf diese Studienplätze bleibt in der Fläche bislang weitgehend aus – und damit auch die Aussicht auf schnelle Besserung des IT-Fachkräftemangels beim Staat. So konnte etwa die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, die ihren Diplom-Studiengang Verwaltungsinformatik immerhin bereits seit mehr als 20 Jahren und derzeit mit einer Kapazität von 150 Studienplätzen anbietet, zum Studienstart 2022 mit 64 Studierenden weniger als die Hälfte begrüßen – in den Jahren 2018 bis 2021

waren es jeweils etwa 100 Studienanfänger pro Jahr. Auch an der Dualen Hochschule Gera-Eisenach (DHGE), mit einer Kapazität von rund 150 Studienplätzen mit Schwerpunkt Verwaltungsdigitalisierung/IT ebenfalls einer der großen Player auf dem öffentlichen Hochschulmarkt, würde man gerne mehr Studierende sehen. Weitere 40 Studienplätze für Thüringens IT-Nachwuchs sind zum Wintersemester 2021/22 an der Hochschule Schmalkalden hinzu-

Die Recherche des IT-Ausbildungsangebots der Hochschulen von Bund und Ländern verlangt potenziellen Studierenden ein hohes Maß an Akribie, Geduld und Hartnäckigkeit ab.

gekommen – den Weg in den dortigen Studiengang Verwaltungsinformatik/E-Government, mit dessen Abschluss man automatisch ohne Vorbereitungsdienst die Laufbahnbefähigung erhält, fanden bislang jedoch nur weniger als 10 Studierende. Ähnlich gestaltet sich die Lage im benachbarten Sachsen-Anhalt – voll belegt sind an der dortigen Hochschule Harz weder die 20 möglichen Plätze des Studiengangs IT-Management Verwaltungsinformatik noch die 25 Plätze im Studiengang „Verwaltungsdigitalisierung und Verwaltungsinformatik“ – und das, obwohl wie an der DHGE auch hier große Bundesbehörden wie das ITZBund als großer IT-Dienstleister des Bundes, die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Rentenversicherung, der Deutsche Bundestag sowie andere Bundesländer (Bremen) und der IT-Dienstleister der Nordländer, Dataport, ihren IT-Nachwuchs in „nennenswerter Stückzahl“ ausbilden lassen.

dbb jugend: „Das verrückte Labyrinth“

Matthäus Fandrejewski, Verwaltungsfachangestellter und Vorsitzender der dbb jugend, in der rund 150 000 junge Beschäftigte

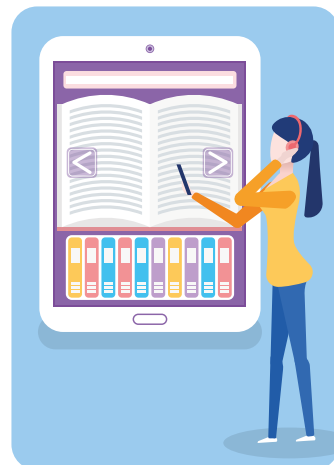
aus dem öffentlichen Dienst organisiert sind, hat eine Vermutung, warum der Nachwuchs vermeintlich nur zögerlich zugreift: „Es ist super, dass die Ausbildungskapazitäten für eigene IT-Kompetenz beim Staat jetzt endlich aufwachsen, und da sind total spannende und für verschiedenste Bedürfnisse passende Studienmodelle am Markt. Aber der Segen der Vielfalt wird zum Fluch, wenn man nicht mehr durchblickt.“

Tatsächlich erfordert die Recherche des Angebots der Hochschulen von Bund und Ländern ein hohes Maß an Akribie, Geduld und Hartnäckigkeit. „Man könnte es in Anlehnung an ein beliebtes Brettspiel ‚Das verrückte Labyrinth‘ nennen“, übt sich der dbb jugend-Chef in einer humoristischen Betrachtung der Lage. „Nehmen wir mal an, ein junger Mensch mit Abitur interessiert sich für den Staatsdienst und ist obendrein auch noch IT-affin. Nach einigem Suchen landet sie oder er auf der Homepage einer öffentlichen Verwaltungshochschule, lässt sich nicht vom etwas in die Jahre gekommenen Webdesign entmutigen und stellt fest, dass hier tatsächlich ein dualer Studiengang Verwaltungsinformatik angeboten wird. Nichts wie bewerben, denkt sich der Nachwuchs – aber siehe da: ‚Falls Sie Interesse an dem Studium haben, müssen Sie sich bei einer Ausbildungsbehörde bewerben. Die Anmeldung zum Studium an der Hochschule erfolgt durch die Behörde, die Sie einstellt. Eine Einschreibung direkt bei der Hoch-



schule ist nicht möglich‘, heißt es. Immerhin gibt’s einen Link zu den Ausbildungsbehörden – klick. Es öffnet sich eine mehrere Seiten lange, lieblos gestaltete PDF-Datei mit einer Liste der Ausbildungsbeauftragten der Behörden, bei denen man sich bewerben kann“, schildert Matthäus Fandrejewski. „Soll man die jetzt alle

abtelefonieren?! Ganz ehrlich: So was empfinden junge Menschen als Zumutung. Selbstredend muss der Staat bei der Auswahl seines Personals eine hohe Messlatte anlegen, wir wollen die Besten der Besten. Aber genau die fühlen sich mit einer solchen Ansprache und Performance ihres möglicherweise zukünftigen Arbeitgebers doch überhaupt nicht abgeholt.“



Professionelles Matching ist gefragt

Immerhin, so der dbb jugend-Chef, bemühen sich einige Hochschulen um ein professionelleres Matching zwischen Interessierten und Ausbildungsbehörden: „Es ist ja nun mal so, dass insbesondere unsere Laufbahnausbildung auf diesem bewährten dualen Miteinander von Theorie und Praxis beruht. Man sollte das aber als Attraktivitätsmerkmal kommunizieren und nicht zum Hürdenlauf machen, sondern smart für die Digital Natives gestalten.“ Als Best Practice nennt Fandrejewski etwa die digitalen Stellenbörsen der Dualen Hochschulen Gera-Eisenach und Harz, wo Interessierte die Stellenangebote der Ausbildungsbehörden direkt anklicken können, oder die Hochschule Meißen. Die wickelt das gesamte Auswahlverfahren auch für ihren Studiengang „Digitale Verwaltung“ in enger Abstimmung mit den Einstellungsbehörden im gesamten Freistaat zentral ab und begleitet die jungen Talente, die sich direkt in Meißen bewerben, wie ein Lotse bis zum passenden Praxispartner und zur Aufnahme der Ausbildung. „Genau dieses Once-Only-Prinzip sollte bei der Nachwuchs- und insbesondere der IT-Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst generell Anwendung finden“, fordert Fandrejewski. Denn nicht nur von Hochschule zu Hochschule sind Unterschiede und Verwirrung groß – die Vielfalt potenziert sich mit jeder Ebene im föderalen Gefüge weiter.

Keine gemeinsamen Standards, keine Rahmencurricula

„Wenn ich in Brandenburg an der TH Wildau Verwaltungsinformatik studiere, heißt das noch lange nicht, dass ich damit auch in Nordrhein-Westfalen die Laufbahnbefähigung habe. Ob ich mit meinem Bachelor im Digitalen Verwaltungsmanagement von der Hochschule Kehl auch in einer saarländischen Kommunalverwaltung oder im Bundesamt für Güterverkehr in der Lage bin, Prozesse zu digitalisieren, gibt mir niemand schwarz auf weiß“, erklärt der dbb jugend-Vorsitzende die Problematik: „Es gibt keine gemeinsamen Ausbildungsstandards, keine Rahmencurricula, ge-

„Es gibt keine gemeinsamen Ausbildungsstandards, keine Rahmencurricula, geschweige denn ein einheitliches Einkommensniveau und verlässliche Perspektiven – allesamt Parameter, die die Ausbildung und den Arbeitsmarkt Staat wirtschaftlicher und attraktiver machen würden.“

dbb jugend-Chef Matthäus Fandrejewski

schweige denn ein einheitliches Einkommensniveau und verlässliche Perspektiven – allesamt Parameter, die die Ausbildung und den Arbeitsmarkt Staat für alle Beteiligten transparenter, wirtschaftlicher und attraktiver machen würden“, kritisiert Fandrejewski. „In diesem Durcheinander regiert im Grunde allein das Gesetz vom ‚Survival of the fittest‘ – wer finanziell und personell gut aufgestellt und dank entsprechendem Marketing sichtbar ist, gewinnt den Nachwuchs.“

„Mia san mir“ – wenn jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht?

So hat die Hochschule des Bundes, die sich die Ausbildung staats-eigener Digitalkompetenz an den Standorten Brühl und Münster natürlich auch auf die Fahnen geschrieben hat, grundsätzlich weniger Probleme, Studierende für die IT-Fächer zu gewinnen. Kein Wunder, denn der Bund speist aus seinen Behörden einen stetigen Strom von Nachwuchskräften ein, ITZBund und auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) – beide bekannt für ihr professionelles Employer Branding – unterhalten quasi ein Dauer-Abo auf Fachkräfte. Bereits seit 2012 läuft an der HS Bund der Diplom-Studiengang Verwaltungsinformatik, den bislang mehr als 400 junge Menschen erfolgreich absolviert haben. Pro Jahr sind derzeit 116 Studienplätze im Angebot, die auch alle weitgehend besetzt sind. Neu im Angebot ist seit Oktober 2020 der Diplom-Studiengang Digital Administration and Cyber Security (DACs), der erste Jahrgang mit 60 Studierenden wird Ende September 2023 fertig. Bislang gibt es 120 Studienplätze pro Jahr, ab Oktober 2023 soll auf 180 aufgestockt werden. Zwar seien die Bewerbendenzahlen für DACs noch ausbaufähig, aber in Brühl ist man guter Dinge, dass sich das mit steigendem Bekanntheitsgrad des Studiengangs, der ausschließlich für eine Laufbahn beim Bund ausbildet, schon bald ändern wird.

Auch in der bayerischen Landeshauptstadt München lässt sich in Sachen IT-Ausbildung das „Mia san mir“ besichtigen. Dort betreibt die Kommunalverwaltung in Kooperation mit der privaten FOM Hochschule seit 2017 der Studiengang „Wirtschaftsinformatik – kommunal“ (B. Sc.), um IT-Fachkräfte für die Stadtverwaltung auszubilden. Der Studiengang erfreut sich seit seiner Einführung einer großen Beliebtheit, sowohl auf der Seite der Studierenden als auch auf der Seite der Landeshauptstadt München. Dass es an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern bereits einen dualen Studiengang Verwaltungsinformatik der öffentlichen Hand gibt – geschenkt.

Kannibalisierungseffekte zwischen Gebietskörperschaften

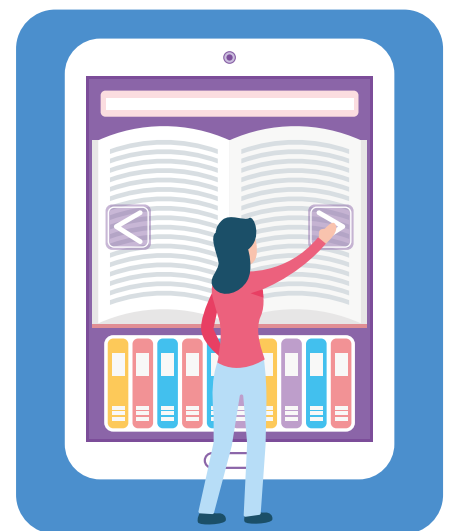
„Wer kann, der kann“, kommentiert dbb jugend-Chef Matthias Fandrejewski. „Die Frage ist allerdings, ob wirklich an alle gedacht ist, wenn jeder nur an sich denkt.“ Auch im Bereich der IT-Nachwuchsgewinnung drohe eine Kannibalisierung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften. So werbe beispielsweise die Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) in Thüringer Tageszeitungen offensiv für ihren dualen Studiengang „Digitale Verwaltung“ – „dass die Nachbarn im Freistaat das nicht lustig finden, versteht sich“, meint Fandrejewski. „Diese Effekte sehen wir generell, insbesondere seitdem die Bezahlungsniveaus im öffentlichen Dienst wegen

unterschiedlicher Rechts- und Tarifkreise auseinanderdriften. Natürlich gewinnen zahlungskräftigere Dienst- und Arbeitgeber leichter Personal als andere. Im IT-Sektor verschärft sich das unter dem enormen Konkurrenzdruck der Privatwirtschaft noch einmal“, sagt er und warnt: „Es liegt auf der Hand, dass das nicht ohne Folgen für die strukturelle Leistungsfähigkeit und das jeweilige Niveau der Daseinsvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen bleiben wird – all das steht und fällt in den kommenden Jahren mit der Qualität der Digitalisierungskompetenz.“

Arbeitgebermarke schaffen, Digitalausbildung generalisieren und optimieren

Wie also kommt der öffentliche Dienst raus aus dem „verrückten Labyrinth“ und möglichst zügig zu digitalkompetent ausgebildetem Nachwuchs in ausreichender Zahl? „Für die gezielte Ansprache junger Talente brauchen wir endlich eine einheitliche Arbeitgebermarke ‚Öffentlicher Dienst‘. Alle Gebietskörperschaften, Dienst- und Arbeitgebenden müssen hier an einem Strang ziehen und ihre Karriereangebote zentral und smart zugänglich machen“, fordert der dbb jugend-Vorsitzende.

„Erforderlich sind eine gezielte Ansprache und lückenlose Navigation bis hin zum Dienstverhältnis oder Arbeitsvertrag für Interessierte. Wer den Nachwuchs von heute im Karrierelabyrinth des Staatsdienstes alleinlässt, darf sich nicht wundern, wenn der schreiend Richtung Privatwirtschaft davonläuft. Gewinnt der Staat jetzt nicht zügig junge Menschen, droht nicht nur der Daseinsvorsorge ein Kollaps. Ein schwächelnder Standortfaktor öffentlicher Dienst ohne ausreichende Digitalisierungsfertigkeiten ist Gift für die Wirtschaft, zumal in Zeiten, in denen uns eine handfeste Rezession droht“, mahnt Fandrejewski.



Flankierend zur Rekrutierung müssten digitale Aspekte generell Einzug in die Verwaltungsausbildung halten. Idealerweise könne man sich bundesweit auf einheitliche Standards bei Digitalisierungs- und IT-Kompetenzen einigen, regt Fandrejewski an und kritisiert: „Es kann doch nicht angehen, dass in den Verwaltungsstudiengängen drei EDV-Zeitstunden in drei Jahren und der Umgang mit einer Word-Datei das höchste der Gefühle sind – da wiehert der Amtsschimmel!“ In der Ausbildung müsse sich niederschlagen, dass „ohne digital nichts mehr geht“. Digitalisierung sei eine Querschnittskompetenz, die „schon im Grundstudium prüfungsrelevant vermittelt werden muss. Punkt“.

Auch die Ausbildungsbedingungen beim Staat bräuchten ein flächendeckendes Digital-Update: „Bei großen Supermarktketten bekommen alle Azubis einen eigenen Laptop, Internet-Flat und

digitale Ausbildungsunterlagen inklusive. Warum nicht bei Vater Staat?“, fragt Fandrejewski. „Je nach Kassensituation gibt es das schon hier und da, aber selbst an der Hochschule des Bundes mussten sich die Studierenden bis vor Kurzem noch WLAN-Karten à 200 MB beschaffen und um jede Online-Lizenz für die vom ersten Tag an zwingend erforderlichen Rechtsportale wie Beck oder juris feilschen. Oder kiloweise Papier mit sich schleppen“, berichtet der dbb jugend-Vorsitzende.

Was bleibt? Resilienz und Hilfe zur Selbsthilfe

Bis sich die Zustände und vor allem die Digitalisierungsperformance der Verwaltung bessern, bleiben dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten also weiterhin vor allem das Üben in Resilienz und, natürlich, Hilfe zur Selbsthilfe. Immerhin kann auch bei Letzterem mittlerweile auf ein wachsendes Angebot zurückgegriffen werden: Die Digitalakademie – 2021 gegründet als Teil der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BakÖV) im heutigen Bundesministerium des Innern und für Heimat – unterstützt die Verwaltungen „in ihrer digitalen Transformation mit modernsten Qualifizierungsmaßnahmen“. Digitalisierung, Big Data, E-Beschaffung, Führung, New Work und Change finden sich in der Lernwelt „für ein behördenübergreifendes Lernen und Vernetzen“. Doch merke: „Das Fortbildungsportal ist nur über

Bei großen Supermarktketten bekommen alle Azubis einen eigenen Laptop, Internet-Flat und digitale Ausbildungsunterlagen inklusive. Warum nicht bei Vater Staat?

die Netze des Bundes erreichbar und nur für Bundesbedienstete nutzbar.“ Alle anderen Weiterbildungswilligen können sich wenigstens den Online-Lernreisen der Akademie anschließen – kurzweilige Videoclips, die Digitalisierung erklären und Aspekte moderner Verwaltung skizzieren.

Nicht ganz so zugangsbeschränkt ist die Online-Bildungsplattform eGov-Campus, ein vom IT-Planungsrat gefördertes Projekt. Hier finden Interessierte kostenlose digitale Lernmodule und Ringvorlesungen auf Hochschulniveau rund um das Thema E-Government und Verwaltungsinformatik. Auch ein Überblick über das E-Government-Studienangebot an deutschen Hochschulen ist in Arbeit.

Britta Ibal

Gesucht

46 600 IT-Fachkräfte zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen fehlen Zehntausende IT-Fachkräfte. Allein für die Entwicklung digitaler Prozesse, deren Implementierung und Pflege im Zuge des Onlinezugangsgesetzes (OZG) werden Experten zufolge rund 46 600 ITler*innen benötigt, rechnet eine Projektgruppe von MBA-Studierenden der European School of Management and Technology (ESMT), dem Institut für den öffentlichen Sektor und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Ende 2020 aus.

Wahl in den EBD-Vorstand

Einsatz für ein soziales Europa

Der Vorsitzende der dbb jugend, Matthäus Fandrejewski, wurde am 10. Oktober 2022 in den Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) gewählt.

Dort folgt Fandrejewski auf Kirsten Lühmann, die den dbb dort über viele Jahre vertreten hat. Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland ist der maßgebliche Ort für verbandsübergreifende Europaarbeit und eine feste Größe in der deutschen Europapolitik. Als Sprecher der Jugendorganisation der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) ist Fandrejewski bereits seit einigen Jahren auf europäischer Ebene politisch aktiv.

„Gemeinsam mit den anderen Vorständen möchte ich dazu beitragen, dass aus Deutschland konstruktive Beiträge für eine handlungsfähige Europäische Union kommen. Unerlässlich ist dafür auch mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, vermittelt durch die organisierte Zivilgesellschaft“, erklärte Fandrejewski. „Als junger Gewerkschafter sind mir natürlich insbesondere das soziale Europa, wirtschaftspolitische Fragen sowie der Klimaschutz ein Anliegen. Gerade jetzt in Krisenzeiten ist es von enormer Relevanz, dass wir keine Spaltung zulassen – nicht in unserer Gesellschaft und nicht zwischen den EU-Mitgliedstaaten.“ ■



„Ich möchte dazu beitragen, dass aus Deutschland konstruktive Beiträge für eine handlungsfähige EU kommen.“

Matthäus Fandrejewski, dbb jugend-Chef und neues Mitglied des EBD-Vorstands

© Vanessa Wunsch Photography

Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Chancengerechtigkeit darf nicht vom Wohnort abhängig sein



© Laurence Chaperon

Der öffentliche Dienst gilt als familienfreundlich und ist daher vor allem für Frauen, die weiterhin den Löwenanteil der Care-Arbeit übernehmen, ein attraktiver Arbeitgeber. Doch wenn es um Leitungspositionen geht, sind weibliche Führungskräfte noch immer in der Minderheit. Wie kommen wir hier endlich voran?

Da hat sich in den vergangenen Jahren schon einiges getan. 2015 ist das Erste Führungspositionengesetz in Kraft getreten. Damals lag der Anteil von Frauen an allen Leitungsfunktionen

in der gesamten Bundesverwaltung bei 33 Prozent. Heute stehen wir bei 36 Prozent in der gesamten Bundesverwaltung und in den obersten Bundesbehörden sogar bei 39 Prozent. Gemessen daran, dass 52 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesverwaltung Frauen sind, ist diese Entwicklung aber noch nicht zufriedenstellend. Wir müssen das Tempo weiter erhöhen. Darum haben wir uns im öffentlichen Dienst des Bundes mit dem Zweiten Führungspositionengesetz das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis Ende 2025 alle Führungspositionen paritätisch zu besetzen.

Das Problem ist, dass auch im öffentlichen Dienst die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch ein Hindernis ist. Viele Frauen arbeiten Teilzeit, das darf aber nicht länger ein Karrierehemmnis sein. Wir brauchen daher eine faire Verteilung von Sorgearbeit, und dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Klar ist: Immer mehr Frauen wollen Familie und Karriere. Sie wollen Verantwortung für ihre Kinder und im Beruf übernehmen. Nur elf Prozent der Führungskräfte im höheren Dienst arbeiten aktuell in Teilzeit, 73 Prozent davon sind Frauen. Führen in Teilzeit ist im öffentlichen Dienst genauso wie in der freien Wirtschaft noch die Ausnahme. Gemeinsam mit der dbb bundesfrauenvertretung wollen wir das mit dem Modellprojekt „Führen in Teilzeit“ ändern. Ziel ist es, Teilzeitmodelle als Standardarbeitsverhältnisse anzuerkennen, beginnen wollen wir mit den obersten Bundesbehörden. Mein Ministerium nimmt da übrigens eine Vorreiterrolle ein: Es hat von allen Ressorts den höchsten Frauenanteil an allen Leitungsfunktionen: 62 Prozent. In 20 der 23 obersten Bundesbehörden sind aber immer noch weniger Frauen als Männer in Führungspositionen beschäftigt. Das zeigt: Der Weg ist noch lang.

Es heißt, die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf sei gerade für junge Menschen wichtig, außerdem suchen viele von ihnen nach einem sinnstiftenden Job mit gesellschaftlichem Mehrwert. In diesen Bereichen kann der öffentliche Dienst punkten. Aber reicht das, um den Nachwuchsmangel im Staatsdienst zu bewältigen?

Ich freue mich, dass das Bundesfamilienministerium und seine Behörden attraktive Arbeitgeber sind. Dabei spielt neben der Sicherheit des öffentlichen Dienstes auch eine Rolle, dass die Beschäftigten sich in unsere gesellschaftspolitischen Aufgaben einbringen wollen. Ob Demokratieförderung oder Gleichstellung, Familien- oder Jugendpolitik, unsere Themen sind ganz nah dran an den Menschen in unserem Land. Daneben ist aber auch wichtig, dass wir im Ministerium selbst leben, was wir für richtig halten: Schon seit Jahren – und nicht erst seit der Pandemie – bieten wir viele individuell zugeschnittene Modelle flexibler und mobiler Arbeit. Allerdings gibt es auch bei uns Bereiche, in denen uns die Gewinnung qualifizierter Beschäftigter immer schwerer fällt, etwa in der IT.

Ein weiterer Aspekt zum Thema „Vereinbarkeit“: Der von Ihrem Ministerium eingesetzte unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, dem auch der dbb angehört, hat ein Konzept zur Ausgestaltung einer steuerfinanzierten Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige erarbeitet. Gibt es schon konkrete Pläne, wann und wie das Vorhaben umgesetzt wird?

Die Weiterentwicklung der Familienpflegezeit und die Einführung eines Familienpflegegeldes sind von größter Bedeutung und haben eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Wir wollen hier einen sozialpolitischen Paradigmenwechsel herbeiführen. In meinem Ministerium wird deshalb mit Hochdruck an der Umsetzung

gearbeitet. Ein erstes Eckpunktepapier zum künftigen Familienpflegezeitgesetz wird gerade erarbeitet.

Ein funktionierende Kitalandchaft ist nicht nur wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die frühkindliche

Bildung, Erziehung und Betreuung in den ersten Lebensjahren sind vor allem entscheidend für die spätere Entwicklung der Kinder. Die Bundesregierung will deshalb eine Gesamtstrategie gegen den Fachkräftemangel

in Erziehungsberufen entwickeln. Welche Bausteine sind dafür aus Ihrer Sicht zentral? Und welche konkreten Schritte sind geplant, um nicht nur den Umfang, sondern auch die Qualität der frühkindlichen Bildung sicherzustellen?

Gut ausgebildete und motivierte Erzieherinnen und Erzieher sind Garanten dafür, dass Kitas auch ihre Aufgabe als frühkindliche Bildungsstätten erfüllen. Allerdings fehlt in vielen Kitas Personal, deshalb entwickelt der Bund gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren eine Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung in den Erziehungsberufen. Damit wollen wir die Aus- und Weiterbildung stärken, Karrierechancen schaffen, finanzielle Hürden in der Ausbildung abbauen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz stellen wir außerdem 2023 und 2024 insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung. Damit können die Länder die Rahmenbedingungen für die Fachkräfte und die Qualität der Angebote verbessern, zum Beispiel mit besseren Personalschlüsseln oder der Qualifizierung von Fachkräften. Das nächste Ziel ist dann ein Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards für die Kindertagesbetreuung. Chancengerechtigkeit beginnt mit qualitativ guter frühkindlicher Bildung und darf nicht vom Wohnort abhängig sein.

In Deutschland setzen sich jährlich etwa 31 Millionen Menschen ehrenamtlich für die Gesellschaft ein, auch zum

Beispiel in Gewerkschaften.

Haben Sie Pläne, dieses Engagement zu unterstützen, etwa mit einem gesetzlichen Anspruch auf Sonderurlaub beziehungsweise Dienst-/Arbeitsbefreiung für ehrenamtliche Tätigkeiten? Und wie kann sichergestellt werden, dass die dort erworbenen vielfältigen Fähigkeiten im Beruf auch Anerkennung finden?

im Beruf auch Anerkennung finden?

Ich finde es großartig, dass sich in unserem Land so viele Menschen freiwillig engagieren und für andere einsetzen, ob im Sportverein, in der Nachbarschaftshilfe oder bei der Unterstützung von Geflüchteten. Mein Ministerium fördert das ehrenamtliche Engagement und will auch Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen, für eine ehrenamtliche Tätigkeit begeistern. Für die Bundesbeschäftigten haben wir zum Beispiel gute Regelungen, die die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten durch Gewährung von Sonderurlaub oder Arbeitsbefreiung unterstützen und anerkennen. Vergleichbare Vereinbarungen durch die Tarifpartner wären passgenauer, als es eine allgemeine gesetzliche Regelung sein könnte. ■



Die frühere Schuhfabrik beherbergt heute die Berufsbildenden Schulen „Conrad Tack“.

Ausbildung im öffentlichen Dienst Kein Idyll

Ländliche Regionen stehen vor der schwierigen Aufgabe, die Personallücken, die die Babyboomer reißen, mit frisch ausgebildetem Nachwuchs auszugleichen. Aber spielen die Schulabgänger in Sachsen-Anhalt da überhaupt mit?

Mitarbeiter, weil inzwischen fast ein Drittel der Beschäftigten in Teilzeit arbeitete. Die Hälfte der Belegschaft mache den Job zudem teils von zu Hause aus.

Unverbaute, weite Horizonte – die durchreisenden Großstädter lieben es. Die wenigen, die hier im Landkreis Jerichower Land leben, lieben es auch. Der Kreis hat nämlich eine Menge Platz für seine fast 90 000 Einwohner: Die Bevölkerungsdichte liegt bei lediglich 56 Menschen pro Quadratkilometer – in Berlin sind es 4 123. Die Liebe zur Heimat verlangt den Hiesigen Entbehrungen ab: Entbehrt werden hier zum Beispiel Bäcker, Lebensmittelhändler und Fachärzte, Postfilialen und Bahnhöfe, an denen Züge auch halten. Schulen mussten mangels Kindern schließen. Busse verkehren mancherorts, wenn überhaupt, nicht stündlich, sondern höchstens ein paarmal täglich. Die Einwohner waren in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Wende von Schrumpfungsschmerzen geplagt und die Nachwirkungen spürt man bis heute. Als nach der Wende die beiden großen Arbeitgeber in der Kreisstadt Burg, die VEB Schuhfabrik „Roter Stern“ und der VEB Burger Bekleidungswerke dichtmachten, blieben vor allem die Kranken, die Alten und die schlecht Ausgebildeten. Die Jungen, die Flexiblen und die Akademiker zogen der Arbeit hinterher und kehrten zu selten zurück. Vor allem die jungen Frauen sahen für sich damals keine Perspektive, was dazu geführt hat, dass der Gegend nun die 15- bis 30-jährigen fehlen.

Nachwuchsfachkräfte händeringend gesucht

Das sind aber genau die, auf die Landrat Burchardt als Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst des Landkreises setzen muss. „Die Perspektivlosigkeit der Neunzigerjahre ist weg. Wer hier heute die Schule beendet, der hat eine ausreichende Auswahl an Arbeitsplätzen“, sagt er. Es gebe inzwischen 20 Prozent mehr Ausbildungsplätze als Schulabgänger. „Tendenz steigend.“ Kamen vor Jahren auf die fünf bis sieben Ausbildungsplätze des Jahrganges etwa 80 bis 100 Bewerber, haben sich für das gerade angelaufene Ausbildungsjahr nur etwa 75 Bewerber um zehn Plätze beworben. Burchardt und seine Kollegen konnten aus diesem Pool nicht alle Plätze besetzen. „Die hatten einfach zu viele Alternativen.“

Der Landrat möchte seine Bewerber nicht nur solide ausbilden. Er möchte, dass sie über die Stationen, die sie in der Ausbildung durchlaufen – laut Ausbildungsplan sind das 33 Sachgebiete – auch abzuschätzen lernen, wohin sie wollen, was ihnen liegt.

Wer von Berlin in Richtung Westen fährt, kann im Vorbeifahren erleben, wie sich die Landschaft leert. Die Orte werden kleiner, die Autobahnausfahrten kommen seltener. Wälder, Felder, Seen, am Horizont mal eine rote Backsteinkirche oder sogar ein Burgfried. Eine ländliche Idylle, die hinter Potsdam beginnt und bis kurz vor die Elbbrücken bei Magdeburg reicht.

Auch ein solches Idyll will verwaltet werden – schon damit es eines bleibt. Und weil die Menschen, die das hier seit den frühen Neunzigerjahren tun, sich langsam dem Ruhestand nähern, muss verstärkt ausgebildet werden. Der Fachkräftemangel macht sich auch im Land Sachsen-Anhalt deutlich bemerkbar. Wie gehen Landkreise mit dem Problem um? Wie finden sie geeignete Bewerber? Wie können sie im Landkreis gehalten werden? Fragen, die wir dem Landrat des Kreises Jerichower Land in Burg stellen wollen.

Wir treffen Dr. Steffen Burchardt, einen agilen Mann um die 40, in seinem Büro im Landratsamt. Erstmals zog der SPD-Mann 2014 in den sanierten Verwaltungsbau aus der Kaiserzeit am Rande der Burger Altstadt. 2021 ist er mit Zweidrittelmehrheit wiedergewählt worden.

Burchardt leitet eine Kreisverwaltung mit 530 Personen. Davon seien lediglich 50 verbeamtet. Von denen könnten schon jetzt nur etwa 50 Prozent besetzt werden. Weil das mittlere Alter in der öffentlichen Verwaltung des Kreises fehle, werden auch Quereinsteiger ermöglicht, sagt der Landrat. Gebraucht würden aber auch deshalb mehr

Kredite

Beamtenkredit - Unser neuer Tiefzins - Sensationell günstig

2,99% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 84 Monate: 2,99% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,95% p.a., mtl. Rate 659,54 €, Gesamtbetrag 55.401,36 € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

SUPERCHANCE um **teurere Kredite, Beamtenkredit, Versicherungsdarlehen & Girokredite** sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer aktueller Tiefzins - **teure Kredite umschulden, bis 50% sparen!**

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de



„Wer hier seinen Abschluss macht, der bekommt ein Angebot.“ Landrat Steffen Burchardt will, dass sich die Auszubildenden mit dem Haus identifizieren.

„Wer hier seinen Abschluss macht, der bekommt ein Angebot. Die Bes-ten können sich aussuchen, wohin sie gehen im Haus.“ Fast alle kämen aus der Region: „Die sind hier groß ge-wor-den. Die haben hier Anker.“ Wichtig sei ihm auch die Art des Miteinanders

insgesamt im Haus, die Kollegialität, dass alle sich auf Augenhöhe begegnen, damit „die Leute hier ankommen und sich als Teil der Verwaltung fühlen“.

Glück haben die Auszubildenden, weil sie auch die Berufsschule in Burg selbst besuchen können. Die bildet seit 2018 wieder Ver-waltungsfachangestellte aus. Schwierig sei es im Moment, die Auszubildenden nach den Homeschooling-Perioden der Coronazeit erfolgreich durch die Prüfungen zu bringen. Die Durchfallquote habe zuletzt ungewöhnlich hoch bei 50 Prozent gelegen, sagt Burchardt. Die Berufsschüler müssten nun das Jahr wiederholen, was nicht nur teuer sei. Auch ihre fehlende Arbeits-kraft könne direkt vor Ort nicht ohne Weiteres ersetzt werden. So was fuchst den Landrat regelrecht.

Wie erreicht er die Bewerber überhaupt? „So eine Ausbildungs-messe ist mittlerweile ein schwieriges Format geworden“, findet der Landrat, der sich mit seiner Familie nach Studium und Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Otto-von-Guericke-Uni-versität Magdeburg für die Rückkehr in den Heimatkreis ent-schieden hat. „Diese Generation funktioniert anders.“ Mitunter fehle die Identifikation mit der Region; die Jungen seien viel mobiler. „Die sind viel eher bereit, etwas Neues auszuprobieren und das Gewohnte hinter sich zu lassen.“ Die künftigen Auszubildenden sagten teils eine Woche vor Ausbildungsstart ab – mitunter kämen sie einfach gar nicht, weil sie etwas Besseres gefunden hät-ten. Mit dieser Erfahrung steht Burchardt nicht allein da. Auch im Land Berlin, so hört man, können die Ausbilder im öffentlichen Dienst ein Lied davon singen. Sie würden in solchen Fällen Bewer-ber aus Reservepools ansprechen. Das kann so ein ländlicher Kreis wie das Jerichower Land nicht leisten. Die Bewerber hätten im August dann längst was anderes gefunden.

Kurzer Ortswechsel: Belma Bekos arbeitet bei der Integrations-beauftragten des Berliner Senates. Sie betreut unter anderem eine Kampagne, mit der das Land Schulabgänger und da speziell auch migrantische Jugendliche anspricht. Leute mit Migrationshinter-ground seien vor allem in den Berliner Verwaltungen unterreprä-sentiert, weiß sie. Die Integrationsbeauftragte setze das Berliner Partizipationsgesetz um und helfe so, das ist Bekos wichtig, bei „der Schaffung gleicher Zugänge“. Das Land Berlin braucht beson-ders viele Berufseinsteiger und bildet sehr breit aus: Eben nicht nur die 5 177 Verwaltungsfachangestellten, die im Jahr 2021 laut Senatsfinanzverwaltung eine Ausbildung begonnen hatten. Son-dern auch Feuerwehrleute und Gärtner, Pflegepersonal oder Kfz-Mechatronikerinnen – eigentlich wird alles gesucht. Deshalb heißt die Kampagne auch „MACH WAS DU WILLST, ABER MACHS MIT UNS“. Warum das erst jetzt erfolgt, obwohl Berlin seit Jahrzehn-ten ein Integrationsproblem mit jungen Leuten mit Migrations-hintergrund hat, bleibt das Geheimnis der Vorgängerregierungen.

Auch der Kreis Jerichower Land wolle, so Steffen Burchardt, eine Ausbildungsoffensive starten. Erstes Projekt sei ein Imagefilm, in dem die Menschen aus der Kreisverwaltung die Vielfältigkeit ihrer Arbeit vorstellen. „Es ist nach wie vor so, dass viele Jugend-liche gar keine richtige Vorstellung haben: Was macht ein Kreis, was die Stadt? Du erreichst sie eben nur noch über so moderne Medien.“

In ganz Deutschland ergibt sich dasselbe Bild: In den kommenden zehn Jahren verlassen etwa 27 Prozent der Beamtinnen und An-gestellten aller Ebenen den öffentlichen Dienst aus Altersgrün-den. In den kommenden 20 Jahren mehr als die Hälfte. Der Anteil der unter 25-Jährigen lag im Jahr 2021 jedoch bei lediglich etwa drei Prozent. Dieses riesige Loch zu stopfen oder gänzlich andere Wege zu finden, wie die Arbeit von weniger Menschen in der glei-

Zehn freie Ausbildungsplätze

Die zehn Plätze des Land-kreises Jerichower Land zur „Ausbildung zum Verwaltungsfachange-stellten (m/w/d), Fach-richtung Kommunalver-waltung“ für August 2023 sind bereits seit Mitte Oktober auf Inter-amt ausgeschrieben.
<https://tip.de/interamt>



Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-5009880



Cora Feuerherdt macht eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten Fachrichtung Kommunalverwaltung.

für Arbeit von 846 000 offenen Stellen in der Bundesrepublik. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hingegen meldet für das zweite Quartal 2022 1,9 Millionen offene Stellen. Was das die Volkswirtschaft kostet, hat vor einigen Wochen die Boston Consulting Group in einer Studie errechnet. Ausgehend von der Annahme, dass auf jedem dieser Arbeitsplätze eine durchschnittliche Jahreswirtschaftsleistung von 84 000 Euro erbracht werden würde, summiert sich das bei einer Million offener Stellen auf 84 Milliarden Euro, die dem Bruttosozialprodukt verloren gehen. Und so buhlen Unternehmen, Handwerksbetriebe und die öffentliche Hand, Hochschulen und Universitäten um die Schulabgänger, die sich dann die Rosinen aus dem Kuchen picken, oder das, was sie für Rosinen halten. Derzeit bieten sich Schulabgängern sehr viele Wege in eine berufliche Zukunft.

Lust auf Mitgestaltung

Cora Feuerherdt, eine sportliche, junge Frau mit langen, brünetten Haaren, hat nach dem Besuch einer Ausbildungsmesse ganz bewusst den Ausbildungsplatz im öffentlichen Dienst gewählt. Und ganz bewusst in ihrem Heimatkreis, dem sie sich eng verbunden fühlt. Sie liebt die Weite, die Natur und dass man sich hier kennt und zueinanderhält. Eine Großstadt, sagt die 17-Jährige, das sei ihr einfach zu anonym. Sie macht eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten und ist im zweiten Ausbildungsjahr. An ihrer Arbeit schätzt sie den Abwechslungsreichtum, die Sicherheit und für die Zukunft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Was ihr besonders gefällt, ist, dass sie, wie auf ihrer vorletzten Ausbildungsstation beim Jobcenter, „Menschen helfen kann“.

Ähnliche Motive scheinen auch andere Berufseinsteiger in den öffentlichen Dienst zu treiben: Zum Beispiel den Rostocker Johannes Hofmann, der an der Fachhochschule Güstrow dual „Öffentliche Verwaltung“ studiert. Er sagt im dbb Podcast DienstTag, er finde schon sein Studium „unfassbar interessant und vielseitig“. Das Mitglied bei der komba jugend will „sich für die Gemeinschaft einbringen“, so sei er das aus seiner Familie gewohnt. Hofmann (20) macht es Freude mitzugestalten und an Prozessen mitzuarbeiten. „Damit das ein besseres Land wird.“ Ja, auch die Vorurteile über den Kaffeeverbrauch von Beamten und im öffentlichen Dienst allgemein sind Cora und Johannes bereits vertraut. Beide reagieren gelassen, wenn sie Derartiges, oft nur als Frotzelei unter Freunden, zu hören bekommen. Johannes findet, man müsse über den Sprüchen stehen. „Wer Beamter wird, hört Beamtenwitze.“

Cora hat in der Sprechstunde auch schon stressige Situationen mit lautstarken Menschen erlebt. Ihr hilft, dass sie sich auf ihre Vorge-

chen Qualität erbracht werden kann, ist eine der Hauptherausforderungen der kommenden beiden Jahrzehnte. Hinzu kommt, dass dieser Generationenwechsel auch die Wirtschaft betrifft. Aktuell spricht die Agentur

setzte verlassen kann, die dann auch schon mal übernimmt. Und ihre Eltern stünden hinter ihr und ihrer Wahl. „Ohne meine Eltern würde ich nicht stehen, wo ich stehe.“ Gerade weil sie nicht nur Geringschätzung, sondern auch schon Neid auf ihren Job und auf ihre Arbeitsbedingungen kennengelernt hat. „Allein die Blicke reichen dann schon.“

Es geht aufwärts

Die Menschen in Sachsen-Anhalt wissen um den Wert eines krisenfesten Jobs. Im Jahr von Coras Geburt, 2005, lag die Arbeitslosenquote im Land bei etwa 20 Prozent. Das Jerichower Land sei damals regelrecht ausgeblutet, sagt Burchardt. Im Jahr 2021 waren es nur noch 7,3 Prozent. Lange Zeit sei die Stimmung mentalitätsbedingt schlechter als die Lage gewesen. „Weil viele hier das Glas halbleer sehen“, wie Burchardt es beschreibt, habe der Kreis mit einem Imagefilm reagiert. Es gehe den Menschen gut, sagt der Landrat. „Die Kaufkraft ist relativ hoch, weil die Preise niedrig sind. So ist der Kauf von größerem Bauland erschwinglicher.“ Hier könnte also auch eine Kitaerzieherin oder ein Polizist ein Haus auf einem größeren Grundstück bauen, schließt die Interviewerin. „Die Menschen haben vielleicht 500 Euro weniger im Portemonnaie als in Niedersachsen, aber sie können davon ziemlich gut leben.“

Die positive Lebenseinstellung schlägt inzwischen auch auf die Demografie durch: Zumindest in den Teilen des Landkreises, die zum Speckgürtel der Landeshauptstadt Magdeburg gehören, müssen laut Burchardt nun Schulen erneuert und Kindergärten gebaut werden. Und nicht nur in Magdeburg gibt es mit der neuen Chipfabrik in Zukunft mehr Arbeitsplätze. Auch die Wirtschaft in Burg wächst.

Steffen Burchardt muss zum nächsten Termin in den Nachbarraum. Da warten die Schulleiter des Kreises. Es werde wohl auch ums RÜMSA, ums Regionale Übergangsmanagement, gehen. Die Initiative soll Jugendliche in der Phase der Berufsorientierung unterstützen, weil es noch immer zu viele Schulabbrecher (10,3 Prozent) gebe im Kreis. Auch Cora ist auf dem Sprung: Autofahren darf sie noch nicht und muss deshalb unbedingt den Zug in ihre Heimatstadt Genthin erwischen. Sie will noch zum Handballtraining. Sich ein bisschen auspowern.

Text: Anke Adamik, Fotos: Jan Brenner

dbb Podcast DienstTag

Der dbb veröffentlicht ab sofort monatlich einen Podcast über Menschen, die Staat machen.

Das Gespräch mit Berufseinsteiger Johannes Hofmann, der in Güstrow ein duales Studium im Fach Öffentliche Verwaltung absolviert, hören Sie hier:

www.dbb.de/mediathek/video-audio/



Kliniken und Sanatorien

Weihnachten & Silvester

Sächsische Schweiz - Orthopädie

Privatkur ab 110,- € pro Tag, inkl. Behandlungen

www.kirnitzschtal-klinik.de

Kirnitzschtal-Klinik - Kirnitzschtalstraße 6 - 01814 Bad Schandau



Natürlich erholen in Hopfen am See

Ihre Gesundheit in besten Händen...

Erfahrung + Kompetenz • Prävention + Rehabilitation
Orthopädie + Physiotherapie • Kneippen + Kuren
ruhige Lage + See-/Berg-Blick • Bio-Küche + LowCarb
Aktiv-Angebote + Entspannung • Hallenbad + Sauna

Ärztlich geleitet und voll beihilfefähig §107/2 + §111 SBG V

SANATORIUM EGGENSBERGER · 87629 Füssen /Allgäu
Tel. 0 83 62 / 91 03 - 400 · www.sanatorium-eggensberger.de



Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)

www.schlossklinik.de



Unser Anzeigenteam erreichen Sie unter:

Tel. 021 02/7 4023-0
Fax 021 02/7 4023-99
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

DBB Verlag GmbH Mediacenter
Dechenstr. 15a • 40878 Ratingen

Neujahrsvausten

in der Sächsischen Schweiz

Privatkur ab 110,- € pro Tag, inkl. Behandlungen
Infos: 03 50 22/45-9 14 oder www.falkenstein-klinik.de
Falkenstein-Klinik - Ostrauer Ring 36 - 01814 Bad Schandau



Chronische Schmerzen? Schmerztherapie der Extraklasse!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert.

Sie dürfen von uns eine rundum hoch qualifizierte Behandlung erwarten:

- spezielle Therapiekonzepte, die fast 40 Jahre Klinikerfahrung widerspiegeln
- einen individuell auf Ihre Erfordernisse zugeschnittenen Behandlungsaufbau
- eine maßgeschneiderte Kombination aus schulmedizinischen & alternativen/naturheilkundlichen Behandlungen
- eine Beratung auf Augenhöhe mit Ihnen

Wir beraten Sie individuell und sind mit Herz und Kompetenz gerne für Sie da. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10
97980 Bad Mergentheim

Tel.: 07931 5493-44 oder -46
Fax: 07931 5493-50

E-Mail: info@schmerzlinik.com



**Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198**

www.schmerzlinik.com

der Belegschaft mitgetragen werden. Die Beschäftigten sollten aktiv am Prozess des Employer Branding beteiligt werden – das bringt nicht nur jede Menge Ideen und kreative Ressourcen ins Spiel, sondern ist auch ein Ausdruck der Wertschätzung und schafft Identifikation mit dem Arbeitgeber.

Der Aufbau einer Arbeitgebermarke

Bevor es an die Produktion von Videoclips, Podcasts oder ganzen Karriereseiten geht, muss die Ausgangssituation des Arbeitgebers analysiert werden. Dazu gehören Antworten auf die Fragen: Warum sollten Menschen bei uns arbeiten wollen? Was haben wir zu bieten? Mit wem konkurrieren wir um die klügsten Köpfe? Wen wollen wir für uns gewinnen? Was erwarten Menschen heute von einem

guten Arbeitgeber? Anschließend geht es darum, Attraktivitätsfaktoren zu definieren. Das können sehr unterschiedliche Dinge sein: interessante Arbeitsinhalte, eine sinnvolle Aufgabe, die familienfreundliche Arbeitsumgebung, ein verlässliches Einkommen oder auch die Lage mitten in der Innenstadt.

Kern der Arbeitgebermarke ist die Positionierung – bei der Berliner Polizei sind das die „110 % Berlin“. Erst wenn die Ausgangssituation geklärt, Zielgruppen, Attraktivitätsfaktoren und Arbeitgeberpositionierung definiert sind, geht es an die kreative Umsetzung.

Welcher Weg für die einzelnen Arbeitgeber im öffentlichen Dienst am besten geeignet ist, lässt sich nicht pauschal sagen. Es kommt auf die spezifische Situation vor Ort, das Umfeld

und auch den Mut der Führungsebene an, Neues auszuprobieren. Für Arbeitgeber, die bisher noch kein Employer Branding betreiben, kann ein erster Schritt ein interner Workshop sein, auf dem sich die unterschiedlichen Akteure und Stakeholder unter fachlicher Moderation zum Thema austauschen. Eine Lösung „von der Stange“ gibt es nicht.

Employer Branding ist in erster Linie eine Frage der Einstellung gegenüber den eigenen Beschäftigten und denjenigen, die dazu kommen sollen. Denn wenn die persönlichen Erfahrungen der Menschen im Arbeitsalltag oder im Rekrutierungsprozess nicht mit dem nach außen gezeigten Bild des Arbeitgebers übereinstimmen, werden die am besten Geeigneten gehen oder das Angebot ablehnen. Ein kleines aber feines Praxisbeispiel bekommen

Elster-Nutzer zu sehen: Wer es geschafft hat, die Feststellungserklärung zur Grundsteuer über das Portal zu versenden, bekommt dezent eine Information der Steuerverwaltung mit Links zu Ausbildung und Karriere einblendet. Manchmal kann es einfach sein, die passenden Talente zu finden.

Sabine Blau

Die Autorin

Sabine Blau ist zertifizierte PR-Beraterin, Coach und Change Manager. Sie arbeitet in Berlin als Kommunikationsberaterin für Auftraggeber aus dem öffentlichen Sektor sowie für Kunden aus der Privatwirtschaft.

Das Seminar (Nr. 2022 Q450 SF) „Employer Branding – Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber“ findet am 8. Dezember 2022, 10 bis 11.30 Uhr online statt.

Weitere Informationen: <https://tip.de/dbbakademie>

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

BEAMTEN BASICS

RATGEBER Besoldung/Versorgung/Beihilfe

Was Sie davon haben:
Was sind die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums? Wer ist ein Dienstherr, was regelt das Statusrecht, welche Rechte und Pflichten haben Beamte, wieso dürfen sie nicht streiken, wie viel Besoldung erhalten Beamte für ihren Dienst und sind sie im Falle der

Krankheit und im Ruhestand wirklich so gut abgesichert?
Diese und weitere – immer wieder wegen der Besonderheiten bestehenden – Fragen und Begriffe werden mit dem Ratgeber »Beamten Basics« verständlich aufbereitet und beantwortet. Auch erfolgt eine Abgrenzung zu dem für alle Beschäftigten geltenden Arbeits- und Sozialrecht, um die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses aufzuzeigen.
Die Beamten Basics bieten sowohl einen ersten Einstieg in das Beamtenrecht als auch einen kompakten, schnellen und präzisen Zugriff auf die Rechtsmaterie. Sowohl die Grundlagen des Bundesrechts als auch die Länderregelungen werden erklärt.

So bestellen Sie ganz einfach:
Sie können mit dem nebenstehenden Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über unseren Onlineshop mit.

384 Seiten
1. Auflage 2022
€ 9,80* je Exemplar
ISBN 978-3-87863-246-7
* zzgl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

DBB Verlag GmbH
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon: 030.726 19 17-23
Telefax: 030.726 19 17-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
Internet: www.dbbverlag.de
Onlineshop: shop.dbbverlag.de

NEUERSCHEINUNG



BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

Exemplar/e »BEAMTEN BASICS. RATGEBER Besoldung/Versorgung/Beihilfe«
(€ 9,80 je Exemplar inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung)

Verlagsprogramm

Name

Anschrift

Telefon/E-Mail (freiwillig)

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-23, Fax: 030.726 19 17-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de.

Werbeeinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Fax an 030.726 19 17-49 oder telefonisch unter 030.726 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift

Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung

Bund und Länder brauchen eine bessere Gleichstellungsgesetzgebung

Wie kann die Gleichstellungsgesetzgebung in Bund und Ländern verbessert werden und wie können Frauen im öffentlichen Dienst besser vor sexualisierter Gewalt geschützt werden? Zu diesen und anderen Themen tauschten sich die dbb frauen mit Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer Hauptversammlung am 22. und 23. September 2022 in Stuttgart aus.

Eine zeitgemäße Gleichstellungsgesetzgebung ist die Grundvoraussetzung für einen modernen öffentlichen Dienst auf Bundes- und Landesebene.“ Mit dieser deutlichen Botschaft eröffnete die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, die Sitzung der Hauptversammlung der dbb frauen in Stuttgart. „Digitalisierung, Fachkräftemangel, Krisenbewältigung – den Zeichen der Zeit können wir im öffentlichen Dienst nur mit einer gleichstellungsorientierten Personalpolitik begegnen. Die Grundvoraussetzung dafür ist eine vorausschauende und nachhaltige Gleichstellungsgesetzgebung“, machte die dbb frauen Chefin gegenüber dem anwesenden Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. Danyal Bayaz, deutlich.



Grußworte im Gepäck: dbb frauen Chefin Milanie Kreutz freute sich, den baden-württembergischen Finanzminister Dr. Danyal Bayaz (Mitte) und den Vorsitzenden des BBW Beamtenbund Tarifunion, Kai Rosenberger, auf der Hauptversammlung zu begrüßen.

Kreutz: Gleichstellung bei Digitalisierung stärker berücksichtigen

Dazu gehöre vor allem auch die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten durch gute Freistellungsmöglichkeiten, deren geregelte Einbindung in Personalangelegenheiten und eine angemessene Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Bund und Länder seien hier gleichermaßen gefordert. „Wenn der öffentliche Dienst für Frauen weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein möchte – das gilt natürlich auch für das Land Baden-Württemberg – reicht es nicht, lediglich mobiles Arbeiten anzubieten. In einer digitalen und dezentralen Arbeitswelt werden familienfreundliche Rahmenbedingungen und ein ausgeprägtes soziales Miteinander immer wichtiger. Auch hier müssen wir den Aspekt der Gleichstellung noch stärker berücksichtigen. Bestehende Diskriminierungspotenziale – beispielsweise im Zuge der dienstlichen Beurteilung – müssen ausgehebelt werden“, betonte Kreutz.

Die Evaluation des Chancengleichheitsgesetzes in Baden-Württemberg habe zudem gezeigt, dass Frauen in kommunalen Spitzenämtern und Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. „Führung braucht aber auch weibliche Führungskompetenz. Jetzt ist die Zeit, um die Vereinbarkeit von Führungspositionen

mit familiären Pflichten zu verbessern. Wenn der Fachkräftemangel sich verschärft – und das wird er –, wird es dafür sonst zu spät sein“, machte Kreutz unmissverständlich klar.

Rosenberger: Führen in Teilzeit ermöglichen

Unterstützung erhielt Kreutz durch den Vorsitzenden des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg, Kai Rosenberger. Er ergänzte die gemeinsame Positionierung für eine Modernisierung der Gleichstellungsgesetzgebung um die Forderung, Führungspositionen künftig auch in Teilzeit zu ermöglichen: „Was auf der Arbeitsebene schon lange möglich ist, sollte auf der obersten Führungsebene auch endlich ankommen. Die Dienststellenleitung sollte auch in Teilzeit arbeiten dürfen. Führen in Tandems ist ein wichtiger Baustein, um die Gleichstellung in der Arbeitswelt voranzubringen.“

Bayaz: mehr Frauen in Führungspositionen bringen

Danyal Bayaz, Landesfinanzminister von Baden-Württemberg, räumte in seinem Grußwort bestehende Rückstände bei der

Frauenförderung im Landesdienst ein. „Wir müssen Klartext reden: Das Ziel ist, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, und dieses Ziel verfehlen wir zurzeit noch. So ehrlich sind wir.“ Doch für frei werdende Führungspositionen sei das Thema Gleichstellung ein wichtiges Entscheidungskriterium geworden. „Der wichtigste Beitrag für mehr Frauen in Führungspositionen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Bayaz.

Podiumsdebatte: Sexuelle Übergriffe sind keine Kavaliersdelikte

Der zweite Tag der Hauptversammlung stand im Zeichen der Gewaltprävention. Gemeinsam mit Gleichstellungsexpertinnen und Vertreterinnen der Landespolitik ging es bei der Podiumsdebatte „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – ein Kavaliersdelikt?“ darum, Lösungsansätze und Best-Practice-Beispiele für einen besseren Schutz vor sexualisierter Gewalt im Behördenalltag zu diskutieren. dbb frauen Chefin Milanie Kreutz und Landesfrauenvertreterin des BBW Beamtinnenverband Baden-Württemberg, Heidi Deuschle, tauschten sich mit den Landtagsabgeordneten Alena Trauschel (FDP), Stefanie Seemann (Bündnis 90/Die Grünen), Dorothea Kliche-Behnke (SPD) und Isabell Huber (CDU) sowie mit der Zweiten Vorsitzenden des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, Verena Hahn, aus.

Kreutz: übergriffige Vorgesetzte zur Rechenschaft ziehen

Anlass zur intensiven Diskussion gab ein aktueller Fall sexueller Belästigung im Polizeidienst in Baden-Württemberg. Der ranghöchste Polizeibeamte des Landes wird der sexuellen Belästigung beschuldigt. Landesinnenminister Thomas Strobl musste sich dazu bereits vor dem Untersuchungsausschuss äußern. Auch gegen ihn wird ermittelt. „Was uns dieser brisante Fall vor Augen führt, ist vor allem eines: Sexuelle Belästigung ist alles andere als ein Kavaliersdelikt. Bei diesem Thema kann die Politik nicht einfach nur auf die Verantwortungshoheit der Justiz verweisen“, erklärte Kreutz. „Es ist sehr wohl auch ein politisches Thema. Denn es liegt in der Hand der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, welchen Stellenwert sie der Aufklärung sexueller Übergriffe im Dienst beimessen, sprich ob sie die notwendigen Ressourcen für eine zielgerichtete Aufarbeitung aufwenden oder ob sie entscheiden wegzusehen.“

Konkret sprach sich Kreutz für die Einrichtung von unabhängigen Anlaufstellen im dienstlichen Umfeld aus, die Gewaltopfern schnelle, niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe bieten und dabei unterstützen, Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen. „Auch ein übergriffiger Vorgesetzter muss zur Rechenschaft gezogen werden können. Das funktioniert nur mit starken Verbündeten. Die Politik muss dafür sorgen, dass Personalräten und



Milanie Kreutz (3. von rechts) und Heidi Deuschle (2. von links) diskutierten mit der Vorsitzenden des Landesfrauenrates in Baden-Württemberg, Verena Hahn, sowie mit den Landtagsabgeordneten Alena Trauschel/FDP, Dorothea Kliche-Behnke/SPD, Isabell Huber/CDU und Stefanie Seemann/Bündnis 90/Die Grünen (von links).

Gleichstellungsbeauftragten rechtswirksame Werkzeuge an die Hand gegeben werden, wie etwa ein anonymisiertes Klagerecht“, stellte Kreutz heraus.

Deuschle: qualifizierte Hilfe für Betroffene

Heidi Deuschle, BBW-Landesfrauenvertreterin, unterstützte die Forderung nach unabhängigen Anlaufstellen, die sich um individuelle, qualifizierte Hilfe für Betroffene kümmern. Jedoch gehöre diese Aufgabe in die Hände von Spezialistinnen und Spezialisten. Die Beauftragten für Chancengleichheit benötigten vielmehr wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten sowie eine verbindliche Regelung des Vorgehens in Dienstvereinbarungen, um sexuell übergriffiges Verhalten ahnden zu können und Betroffene wie Helfende vor Repressalien zu schützen. „Eine Reform des Chancengleichheitsgesetzes diesbezüglich ist längst überfällig. Von der Landesregierung erwarten wir Handlungsbereitschaft“, so Deuschle. Darüber hinaus müsste sexualisierendem, herabwürdigendem und gewalttätigem Verhalten im Behördenalltag zwischen Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern – etwa in Bürgerämtern, Steuerbehörden, Schulen oder Arbeitsagenturen – der Kampf angesagt werden. „Wir Beschäftigten haben einen respektvollen Umgang verdient. Die Dienstgebenden müssen ihrer Fürsorgepflicht nachkommen“, so Deuschle.

Hahn: Istanbul-Konvention umsetzen

Darüber hinaus stellte die Zweite Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, Verena Hahn, heraus, dass Diskriminierung aufgrund des Geschlechts faktisch noch immer Realität in Deutschland sei. „Sexualisierte Gewalt umfasst gerade auch am Arbeitsplatz nicht nur die physische, sondern gleich-



Frauen noch immer zum Alltag. „Dort, wo Grenzen überschritten werden, dürfen wir nicht länger wegschauen“, erklärte Trauschel. Neben dem Fokus auf die Täter müsse aber immer auch über die Betroffenen gesprochen werden. „Die Folgen sexueller Belästigung dürfen wir nicht außer Acht lassen. Es kann nicht sein, dass Betroffene nach einem Belästigungsvorfall den Arbeitsplatz wechseln müssen und damit doppelt belastet werden. Gleichzeitig bleibt es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die Sensibilisierung für die Grenzen zur sexuellen Belästigung voranzutreiben“, so Trauschel.

falls die psychische Gewalt. Es hapert aber an der Umsetzung von Gegenmaßnahmen“, so Hahn. Dieser Missstand sei zu beseitigen, was nur durch eine Kombination aus Prävention und Sensibilisierung der Gesellschaft beziehungsweise aller Führungskräfte und Mitarbeitenden, Opferschutz und Täterverfolgung zu erreichen sei. „Dies sind dieselben Grundsätze, die auch allgemein bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen gelten und zu deren Umsetzung sich Deutschland gemäß der Istanbul-Konvention verpflichtet hat.“

Huber: Opfer nicht alleinlassen

„Sexuelle Belästigung – egal in welcher Form, ob mit Worten oder Taten – hat in unserer Gesellschaft keinen Platz, weder am Arbeitsplatz noch sonst wo. Das ist kein Kavaliärsdelikt. Das verurteilen wir als CDU auf das Schärfste“, verdeutlichte Isabell Huber, Landtagsabgeordnete der CDU. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ein Klima zu schaffen, in dem sich Opfer von sexueller Belästigung äußern und öffnen können. Das Land Baden-Württemberg habe im öffentlichen Dienst bereits zahlreiche Ansprechstellen geschaffen, auch anonyme Angebote und Meldestellen. „Zudem gibt es besonders für Führungskräfte wichtige Schulungsangebote für den sensiblen Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz – und die Schulungsangebote werden auch laufend weiterentwickelt. Klar ist: Wir müssen bei diesem Thema immer alle wachsam sein und dürfen kein Opfer alleinlassen“, so Huber.

Seemann: Prävention als oberstes Ziel

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Stefanie Seemann forderte zudem den Ausbau präventiver Maßnahmen: „Die Prävention von sexualisierter Gewalt und Sexismus in jeglicher Ausprägung muss unser oberstes Ziel sein! Dazu gehört, dass wir für die Problematik sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz sensibilisieren und dabei eine eindeutige Nulltoleranzpolitik fahren. Darüber hinaus bedarf es einer Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Maßnahmen und Verfahrensregelungen, die auch umgesetzt werden.“

Trauschel: Folgen sexueller Belästigung nicht außer Acht lassen

Alena Trauschel, für die FDP im Landtag, machte deutlich, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz keinesfalls als Lappalie abgetan werden dürfe. Auch wenn sich das Bewusstsein für das Thema in den letzten Jahren verbessert habe, gehört es für viele

Kliche-Behnke: Klare Regelungen werden gebraucht

Die SPD-Landtagsabgeordnete Dorothea Kliche-Behnke hob das Engagement der dbb frauen hervor und betonte die Dringlichkeit schneller Lösungen: „Sexuelle Belästigung ist ein Straftatbestand und muss deshalb in Verwaltungen genauso wie in der Politik ernst genommen und zum Thema gemacht werden. Ich danke der dbb bundesfrauenvertretung dafür, dass sie Druck macht, dass es klare Regelungen wie Verwaltungsvorschriften braucht. Insbesondere das Land Baden-Württemberg hat massiven Handlungsbedarf.“

Vorbereitungen zum dbb Gewerkschaftstag

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach machte in seinem Lagebericht nochmals deutlich, wie wichtig die Arbeit der dbb frauen sei, und warb für eine stärkere Beteiligung von Frauen in den Führungsgremien der dbb Gewerkschaften.

Darüber hinaus standen Planung und Beratung zum dbb Gewerkschaftstag 2022 auf der Agenda der Hauptversammlung. Insgesamt stimmten die Frauenvertreterinnen der dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften über zahlreiche frauen- und gleichstellungspolitische Anträge ab, die vom dbb Gewerkschaftstag in Berlin vom 27. bis 29. November 2022 beraten und verabschiedet werden. Zudem stellten sich Kandidatinnen und Kandidaten vor, die sich für die dbb Bundesleitung zur Wahl stellen werden. *bas*



dbb Chef Ulrich Silberbach und Milanie Kreutz warben für mehr Frauen in den Führungsgremien der dbb Gewerkschaften.

Lesenswertes vom DBB Verlag empfohlen

Über Verlust und Zuversicht



Goethe – Von Ende und Anfang Mathias Mayer

Johann Wolfgang Goethe, der große Dichter, begegnet der Endlichkeit des Lebens auf kreative Weise: Der Tod kommt „immer wieder an die Reihe, ärgert uns und treibt uns doch wieder zu neuem ernstlichen Streben“ schreibt er im März 1827. Das Credo: „Der ist der glücklichste Mensch, der das Ende seines Lebens mit dem Anfang in Verbindung setzen kann“ zeigt den großen Dichter als ebenso ernsthaften wie ermutigenden Gesprächspartner einer sehr menschlichen Grunderfahrung.

Gebunden, Insel Verlag, 95 Seiten, 14 Euro

Anzahl:

Klassiker im Großformat



Weihnachts-Wimmelbuch Anne Suess

In liebevollen, detailreich gestalteten Illustrationen erzählt Anne Suess kleine Geschichten vom Plätzchenbacken, vom Weihnachtsmann und vom Singen unter dem Weihnachtsbaum. Kindergartenkinder können in die bunte Welt der Bilder eintauchen und lernen genau zu beobachten. Abwechslungsreiche Rätselfragen machen neugierig und lassen die Kinder auf spielerische Art und Weise immer neue Details rund um die Weihnachtszeit entdecken.

Pappbilderbuch, Schwager & Steinlein, 8 Seiten, 4,99 Euro

Anzahl:

Für gesellige Runden



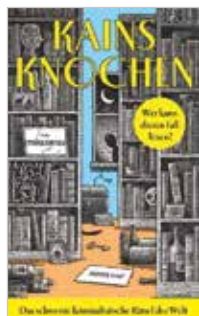
Spiel und Spaß zur Winterzeit Gabriele Meisner

Spielen macht Spaß und schafft Gemeinschaft. Die bekannte Spielpädagogin Gabriele Meisner entwickelt seit Jahren originelle, verständliche Spiele für Kinder und Erwachsene. Ihre Sammlung enthält Aktions-, Wissens-, Geschicklichkeits-, Rate-, Würfel- und Kreativspiele für drinnen und draußen. Die benötigten Materialien sind in jedem Haushalt vorhanden oder können schnell gebastelt werden. Für gesellige Runden im Advent, zu Weihnachten oder draußen beim Spaziergang.

Gebunden, St. Benno, 96 Seiten, 18,95 Euro

Anzahl:

Krimi-Rätsel für Spürnasen



Kains Knochen Torquemada

Kains Knochen ist ein 100-seitiger Krimi, in dem sechs Menschen sterben. Um herauszufinden, wer sie sind und wer sie getötet hat, müssen die Seiten des Buches neu angeordnet werden. Es gibt Millionen von Möglichkeiten – aber nur eine richtige Lösung. Hundert Jahre nach dem ersten Erscheinen ist Kains Knochen ein weltweites Phänomen. Aber tausende rätseln mit und zerbrechen sich die Köpfe über dieses Rätsel, das bisher nur drei Personen gelöst haben. Ob Sie zukünftig dazugehören?

Taschenbuch, Suhrkamp, 210 Seiten, 13 Euro

Anzahl:

Ein altes Geheimnis und eine Prise Romantik



Der Duft von Zimt Rebekka Eder

Hamburg, 1812: Die junge Josephine führt eine kleine Bäckerei. Doch die französische Besetzung der Stadt stellt sie vor die Herausforderung, genug Zutaten beschaffen zu können. Gleichzeitig wird ihr der Soldat Pépin Sabatier, der stets von den Köstlichkeiten Frankreichs schwärmt, immer sympathischer. Besonders der Duft von Zimt hat es ihm angetan – genau wie Josephine. Zusammen erfinden sie ein Gebäck, das die Backstube retten könnte ...

Taschenbuch, Rowohlt, 528 Seiten, 12,00 Euro

Anzahl:

Kuriositäten und merkwürdige Geschichten



Was so nicht im Lexikon steht Joachim Heimannsberg, Tom Breitenfeldt

Der Abreißkalender 2023 bietet in geballter Form, was so nicht im Lexikon steht. Sind Stubenfliegen depressiv? Was stand auf dem Speiseplan der Titanic? Welcher Vogel veranstaltet Trauerfeiern? Und wie groß waren deutsche Dinosaurier? – Skurrile Geschichten, amüsante Anekdoten, kuriose Ereignisse, verblüffende wissenschaftliche Erkenntnisse – mit vielen witzigen Illustrationen für jeden Tag. Samstag/Sonntag auf einem Blatt, Abmessungen: 12,3 x 2,9 x 15,9 cm.

Tischkalender, Harenberg, 648 Seiten, 15,99 Euro

Anzahl:

Aktuelle Angebote vorab erfahren – jetzt Newsletter abonnieren unter www.dbbverlag.de

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-49 abschicken.

Name/Vorname

Straße PLZ/Ort

Kontakt bei Rückfragen (Telefon/E-Mail)

Datum/Unterschrift



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon 030.7261917-23 • Telefax 030.7261917-49
E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: vertrieb@dbbverlag.de
Werbeeinwilligung: Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich der DBB Verlag über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per E-Mail an vertrieb@dbbverlag.de, per Post an DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

7. Seniorenpolitische Fachtagung

Pflege zukunftssicher machen – und zwar jetzt

Unter dem Motto „Pflege. Zukunftssicher. Jetzt.“ hatte die dbb bundesseniorenvertretung am 18. Oktober 2022 zu ihrer 7. Seniorenpolitischen Fachtagung ins dbb forum berlin eingeladen. Pflegeexpertinnen und -experten, politische Akteurinnen und Akteure sowie Pflegefachkräfte diskutierten dort aktuelle Herausforderungen im Pflegebereich. dbb und dbb Senioren forderten Pflegeangebote, die für alle Bedürftigen erschwinglich und leicht zugänglich sind.

Wir brauchen hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste. Sie sollen sowohl die Situation der Pflegebedürftigen verbessern als auch derjenigen, die sich professionell oder informell um sie kümmern. Die nationalen Akteure müssen jetzt dementsprechend handeln“, bekräftigte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, bei der Eröffnung der Fachtagung.

Technik kann Pflegekräfte nicht ersetzen

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nahm in seinem Grußwort neben der Finanzierung von Pflegeleistungen auch das Thema Pflegekräftemangel ins Visier. „Wir müssen konkrete Antworten auf die Frage finden, wie etwa Digitalisierung die pflegerische Versorgung erleichtert: Technik soll Pflegekräfte unterstützen, kann sie aber nicht ersetzen.“

Darüber hinaus warnte Silberbach vor den Auswirkungen der aktuellen Inflationslage auf die Pflegekosten für Betroffene. „Der dbb hat sich seinerzeit dafür eingesetzt, dass die ursprünglich vorgesehene Deckelung der Eigenanteile möglichst zielgenau ausgestaltet wird. Diese Vorschläge finden sich im Gesetz aber nur in Teilen wieder. Auch wurden die Zuschüsse derart zusammengeschmolzen, dass von einer echten Entlastung kaum mehr gesprochen werden kann“, kritisierte der dbb Chef und forderte deutliche Nachbesserungen.

BMG strebt nachhaltige Finanzierung an

Sabine Dittmar, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit (BMG), skizzierte, wie Pflege angesichts von Alterung der Gesellschaft und Fachkräftemangel in Zukunft bezahlbar bleiben könne. Der Koalitionsvertrag enthalte wichtige

Impulse dazu, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu entlasten und Eigenanteile zu begrenzen. So solle zum Beispiel die Ausbildungumlage aus den Eigenanteilen herausgenommen und künftig aus Mitteln der sozialen Pflegeversicherung finanziert werden. Darüber hinaus stünden die Wirkungen der zum Jahresbeginn eingeführten prozentualen Zuschläge in der stationären Pflege auf dem Prüfstand. Zur Stärkung der häuslichen Pflege solle einerseits das Pflegegeld erhöht und regelgebunden dynamisiert werden. Andererseits sollen die Leistungen für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege „in ein unbürokratisches, transparentes und flexibles Entlastungsbudget zusammengefasst werden“.

Ein weiterer wichtiger Baustein für die Zukunftsfestigkeit der Pflege sei die Weiterentwicklung möglicher Pflegesettings. Hier sehe der Koalitionsvertrag zum Beispiel vor, das Sozialgesetzbuch (SGB) XI um innovative quartiersnahe Wohnformen zu erweitern und den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum zu gewähren. Auch in der Digitalisierung der Pflege sieht die Staatssekretärin „enormes Potenzial für die Zukunft der Pflege – von den Maßnahmen zur Anbindung der Pflegeeinrichtungen an das sichere Netz des Gesundheitswesens über die vollelektronische Abrech-



© j-mel/ stock.adobe.com (5)

Reise und Erholung

DEUTSCHLAND



***** Hotel Zur guten Quelle**

Schön zu jeder Zeit - der Thüringer Wald!
 Zimmer mit Dusche/Bad, WC, Kabel-TV, kostenlos WLAN
 Ruhige, zentr. Lage. Barrierefr. Eingang, Lift, behindertenger. Zi.
 Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, **Gruppenermäßigung**
Thüringer Küche und Gruppenräume.
 Ausgangspunkt zu den Sehenswürdigkeiten Thüringens:
Weimar, Erfurt, Eisenach, Schmalkalden u. Oberhof
Sehen Sie sich auch unsere Online-Angebote an:
Wellness und Gesundheit - Wochenpauschalen
Sommer- und Winterangebote - Wanderwochen
***** Hotel Zur guten Quelle - 98596 Brotterode-Trusetal - Schmalkalder Str. 27**
Tel. 036840-340 · Fax 34111 · www.hotel-quelle.de

DEUTSCHLAND

Fischland-Darß, 2 FeWo in Zingst,
 150 m z. Strand, **Tel. 01 77/563 49 35**,
www.fewo-haus-sonnenschein.org

ÖSTERREICH

Tirol, FeWo, 2-6 Personen oder DZ,
 Tel. (0043) 5246/6613, **www.lechnerhof-tirol.com**

AKTIVURLAUB

500 Fasten-Wanderungen überall.
 Woche ab 350 €. Tel. /Fax 0631-47472,
www.fasten-wander-zentrale.de

VERSCHIEDENES



**Kleine Anstecker sagen
 mehr als viele Worte!**
freundschaftspins.de

PROMEX
 Ihr Spezialist für Pins



CHRISTMAS TIME Stars IN CONCERT

Ihr Kurztrip nach Berlin
 Schlendern Sie tagsüber durch die vorweihnachtliche Hauptstadt, übernachten Sie in Deutschlands Show-Hotel Nr. 1 und erleben Sie in einer mitreißenden Live-Show die weltbesten Doppelgänger der bekanntesten Musikstars mit ihren Erfolgshits und den schönsten amerikanischen Weihnachtssongs.

24.11. – 26.12.2022

SHOW-HOTEL-SPECIAL
 Übernachtung im Estrel Hotel, Frühstück & Showbesuch
119 Euro
 p.P. im DZ

ESTREL BERLIN · SONNENALLEE 225 · 12057 BERLIN · INFOS & RESERVIERUNG: 030 6831 0 · ESTREL.COM

Anzeigen-Coupon für die Rubrik „Reise und Erholung“

Einfach ausfüllen und senden an: dbb verlag gmbh | Mediacenter | Dechenstr. 15 a | 40878 Ratingen | Fax 0 21 02/7 40 23-99 | E-Mail: b.urbanski@dbbverlag.de
 Haben Sie Fragen? Sie erreichen uns unter Telefon 0 21 02/7 40 23-7 12

Größe	Preis in €
(1-spaltig) (sw)	
↓	
8 mm	53,60
11 mm	73,70
13 mm	87,10
16 mm	107,20
18 mm	120,60

Die Mindestanzeigengröße beträgt 8 Millimeter. Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer.

Name _____ E-Mail _____
 Straße _____ PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Bei Einzugsermächtigung abzüglich 2 % Skonto

Kontoinhaber: _____
 Geldinstitut: _____ Ort: _____
 IBAN _____
 BIC _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____



Eine Buchung beinhaltet die Veröffentlichung im dbb magazin sowie in den Teilausgaben Aktiv im Ruhestand, BDZ magazin, BTB magazin, DSTG MAGAZIN, GDL Magazin VORAUS, komba magazin, Profil, Polizeispiegel, Strassenwärter, vbb magazin und VBOB Magazin.

Ausgaben

- (bitte ankreuzen)
- Januar/Februar
 - März
 - April
 - Mai
 - Juni
 - Juli/August
 - September
 - Oktober
 - November
 - Dezember

Rabatte
 3 x 3 %
 5 x 5 %
 10 x 10 %

nung im ambulanten Bereich, finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Anschaffungen technischer Ausrüstung bis hin zu den Ansprüchen der Pflegebedürftigen auf Versorgung mit digitalen Pflegeanwendungen“.

Pflegemodell der Zukunft: „stambulant“

Kaspar Pfister, Gründer und Geschäftsführer der BeneVit-Gruppe, stellte mit seinem Wohngruppenkonzept ein Modell für die Zukunft der Pflege vor. Schon heute seien Pflegebedürftige, Angehörige und Fachkräfte mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die sich durch den demografischen Wandel noch verstärken würden, betonte er. „Es braucht jetzt eine grundlegende Reform, um die Altenpflege zukunftssicher zu machen“, forderte Pfister.

In seiner Wohngruppe leben bis zu 14 Pflegebedürftige in einer Wohngemeinschaft zusammen. Anders als in der üblichen stationären Pflege werden die Bewohnerinnen und Bewohner dazu ermutigt, aktiv und selbstbestimmt den Alltag mitzugestalten. Die Normalität des Alltags und das Führen des Haushalts sollen als therapeutische Maßnahmen dabei helfen, die Lebens- sowie Ergebnisqualität und somit den Zustand der Pflegebedürftigen zu verbessern. Pfister bezeichnet sein Modell als „stambulant“ – eine Fusion aus stationärer und ambulanter Pflege. So gelte beispielsweise auf der einen Seite das ambulante Leistungsrecht, auf der anderen Seite erfolge die Qualitätssicherung mit einer 24-Stunden-Fachkraft und der baulichen Infrastruktur stationär.

Pflegeausbildung bringt neues Berufsverständnis

Einen Einblick in die generalistische Pflegeausbildung gab die Vizepräsidentin des Deutschen Pflegerats, Annemarie Fajardo. Seit 1. Januar 2020 gilt das entsprechende Gesetz, das die vorherige Dreiteilung in Alten-, Kinder- und Allgemeine Krankenpflege aufhebt. Seither gibt es eine gemeinsame, mindestens zweijährige

Grundausbildung, der eine Spezialisierung auf die genannten Bereiche folgen kann, aber nicht muss. Damit einher gingen ein Paradigmenwechsel und ein neues Berufsverständnis, da die pflegerische Tätigkeit nunmehr unabhängig(er) von bestimmten Szenarien („Settings“) wie bei-

spielsweise Heim, Krankenhaus, Kurzzeitpflege oder Tagespflege ist.

Zu den positiven Aspekten dieser Ausbildungsreform zählte die Vizepräsidentin des Deutschen Pflegerates insbesondere den Wegfall des Schulgeldes sowie die Einführung einer „angemessenen Ausbildungsvergütung“. Zudem werde die generalistische Ausbildung in der gesamten Europäischen Union anerkannt und bedeute insgesamt eine Annäherung an internationale Pflegeberufstandards. Gerade in der Abgrenzung zu ärztlichen Tätigkeiten seien Pflegeberufe international nämlich deutlich verantwortungsvoller und entsprechend angesehen. Wert legte Fajardo auf die Feststellung, dass die weitere Akademisierung von Pflegeberufen, etwa durch das mögliche Pflegestudium mit Bachelorabschluss, nicht zu einer „Wegqualifizierung“ aus der Praxis führe.

Sorge bereitet Fajardo die weitere Entwicklung des Berufsfeldes, weil es immer noch keine Selbstverwaltung der Pflegekräfte gebe. Auch der Deutsche Pflegerat vertrete weiterhin nur etwa fünf Prozent der Beschäftigten. Hier sei der Gesetzgeber gefordert, Möglichkeiten für eine organisierte fachliche Vertretung zu schaffen.

Pflege braucht integrativen Diskurs

Den Stand der Digitalisierung in der Pflege und deren soziokulturellen Kontext umriss Prof. Dr. phil. Manfred Hülsken-Giesler, Direktor des Instituts für Gesundheitsforschung und Bildung an der Universität Osnabrück. Dabei sei es besonders wichtig, „nicht zuerst über Digitalisierung zu reden, sondern über Pflege, und die technologischen Möglichkeiten als Anlass zu betrachten, Pflege und deren Kontext gesellschaftlich ins Gespräch zu bringen“. Die konzeptionellen Probleme der aktuellen Pflegelandschaft sah der Wissenschaftler „irgendwo zwischen der Alltagshilfe und der professionellen Dienstleistung“, wobei die Diskussion stets zwischen den Lebenswelten der Menschen sowie der Organisation und der Finanzierung von Pflege mit all ihren Gesetzen und sozialen Aspekten changiere.

Obwohl in der Pflege „in den vergangenen 30 Jahren eine Sau nach der anderen durchs Dorf gejagt worden ist, hat es trotz der hohen Diffusität der politischen Debatte durchaus positive Entwicklungen gegeben“, stellte Hülsken-Giesler fest und machte drei aktuelle Trends in der Pflege aus: Professionalisierung und Ausdifferenzierung der Pflegeberufe, wobei es an Infrastrukturen mangle, die finanziert werden müssten. Etablierung von Sorggemeinschaften und Hilfe-Mix-Strukturen, denen es bisher an neuen Modellen mangle. Digitalisierung der Berufs- und Alltagswelten, was nur in Kombination mit den beiden anderen Trends funktioniere. Im Ganzen betrachtet fehlten Diskurse, die in der Lage sind, diese drei Innovationen zu integrieren.

Als mögliche künftige Technologien und Infrastrukturen nannte Hülsken-Giesler Prozessautomation, Telemedizin, technische Assistenzsysteme und Apps sowie „Big Data“ und Robotik. An all diese Technologien müssten theoretische und praktische Bewertungsmaßstäbe angelegt werden, um deren gesellschaftliche Akzeptanz ebenso zu evaluieren wie ihre Wirtschaftlich-



keit. Zum Beispiel dienten derzeit mehr als 80 Prozent aller in der Pflege einsetzbaren Technologien der Steuerung und Verwaltung von Pflege. „Das ist eine deutliche Schlagseite, denn in der praktischen Pflegearbeit selbst gibt es bisher kaum Technologie.“

Eckpunkte zukunftssicherer Pflege diskutiert

In einer abschließenden Gesprächsrunde diskutierten dbb Senioren-Chef Horst Günther Klitzing, Brigitte Bührlen, Vorsitzende von „Wir! Stiftung pflegender Angehöriger“ und Dr. Martin Schölkopf, Abteilungsleiter Pflegeversicherung und -stärkung im BMG, die Eckpunkte einer zukunftssicheren Pflege aus.

Der Vorsitzende der dbb Bundeseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, würdigte die Bemühungen der Politik, die Pflege zukunftssicher aufzustellen.

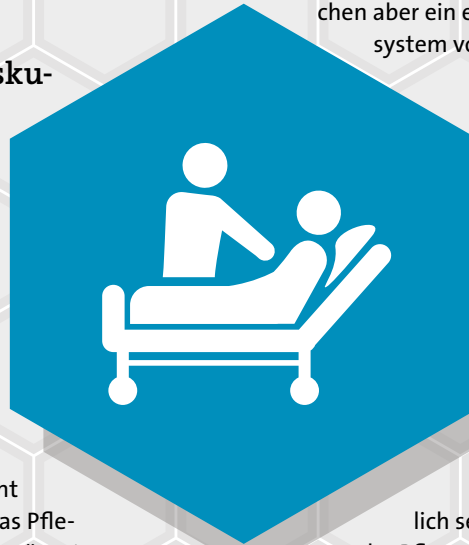
„Der große Wurf ist meiner Auffassung nach aber nicht erkennbar. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, was Pflege ist, welcher Stellenwert ihr in der Gesellschaft eingeräumt wird“, regte der dbb Senioren-Chef an. Es sei wichtig, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Nur die Bedingungen der professionellen Pflegekräfte zu verbessern, greife jedoch zu kurz: „Es ist auch nötig, Instrumente zu entwickeln, die der Entlastung berufstätiger pflegender Angehöriger dienen. Diesbezüglich fordern wir zusammen mit dem dbb seit längerem, dass Pflegezeiten wie Erziehungszeiten behandelt werden.“

Der Chef der dbb Senioren zeigte sich aber auch überzeugt, dass viele Veränderungen aus der Gesellschaft selbst kommen müssten: „Wir können die Politik nicht für alles verantwortlich machen, was nicht läuft.“ Klitzing wünschte sich, dass alle Beteiligten im Bereich der Pflege ehrlicher miteinander umgehen. „Es gibt viel zu tun, und es gibt ganz gewiss nicht die eine Maßnahme, die dazu beiträgt, die Pflege zukunftssicher zu machen. Hier möchten wir uns als gewerkschaftliche Seniorenorganisation gerne einbringen.“

Brigitte Bührlen brennt der Fachkräftemangel auf den Nägeln. In Deutschland seien aktuell rund 700 000 ausländische Betreuungskräfte im Einsatz. Das, so die Vorsitzende der Stiftung pflegender Angehöriger, seien aber keine Pflegekräfte im herkömmlichen Sinne. „Oft haben sie nicht die entsprechende Fachausbildung und dürften eigentlich gar nicht ‚pflegen‘. Bei im Haushalt lebenden Betreuungskräften, so Brigitte Bührlen weiter, seien zudem geregelte Arbeitszeiten schwer einzuhalten. „Natürlich muss es Ruhezeiten geben, natürlich gelten die Arbeitsschutzregeln, aber in der Alltagswirklichkeit können diese Regeln oft nicht eingehalten werden. Wenn wir das täten, säßen sehr viele pflegebedürftige Menschen nämlich plötzlich ohne Betreuung da.“

Das Argument der Haushälter, dass für bestimmte Verbesserungen in der Pflege zurzeit einfach kein Geld da sei, lässt Brigitte Bührlen nicht gelten. „Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Pflegebedürftig kann man in jedem Alter werden. Insofern sind wir alle, alle 80 Millionen Wählerinnen und Wähler, potenziell Betroffene. Wir sollten die Politik also unter Druck setzen, endlich

zu liefern.“ Mit Blick auf die Zukunft der Pflegeversicherung wünscht sich die Stiftungsvorsitzende einen grundstürzenden Ansatz: „Das Bismarck’sche System der Absicherung muss weg. Unser Pflegeansatz passt nicht ins 21. Jahrhundert. Wir brauchen aber ein effizientes, professionelles Pflegesystem von Fachleuten“, forderte Bührlen.



Martin Schölkopf würde im Pflegefall für sich selbst eine betreute Wohngemeinschaft älterer Menschen wählen, um seine Angehörigen nicht zu belasten. Das sei eine mögliche Form der Pflege, aber parallel zu solchen Modellen würden sehr viele Ältere von ihren Angehörigen gepflegt, die einen Anspruch auf Unterstützung hätten, erläuterte der Abteilungsleiter im BMG. Diesbezüglich seien für die Zukunftssicherung der Pflege zum Beispiel Leistungen für pflegende Angehörige im Rahmen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ausgeweitet worden.

Zudem wurden in den vergangenen Jahren ergänzende Leistungen sowie die Familienpflegezeit eingeführt.

Die aktuelle Regierungskoalition möchte die Familienpflegezeit, so Schölkopf, jetzt mit einer Lohnersatzleistung unterfüttern: „Derzeit wird mit Hochdruck an Eckpunkten für diese Maßnahmen gearbeitet. Der Haken ist, dass es natürlich etwas kostet, und da ist man schnell im Milliardenbereich.“ Daher sei auch zu klären, welche „Gegenleistungen“ dafür erbracht werden können, etwa, indem pflegende Angehörige wie in Österreich bei der Kommune angestellt werden, um diesen Teil der Pflegearbeit sicherzustellen. „Das alles ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens.“

bas/br/cr/iba/ef/ows/zit



Ich mag dich, Deutschland

Präzision in bester Form

- Uhregehäuse aus Edelstahl
- Gesteptes Echtlederarmband
- Mit Stoppuhr*, Datums- und 24-Stunden-Anzeige
- Robustes Quarzwerk
- Präsentation des Chronographen in edlem Etui

* Stoppuhr mit Sekunden- und Minutenanzeige (bis 20 Minuten)



Seitlich sind die Worte „Einigkeit und Recht und Freiheit“ eingraviert



Geschenkbox mit Aufdruck des Bundesadlers und dem Motto „Ich mag Dich, Deutschland“



Armband: ca. 2 cm breit,
für Handgelenkumfang
von ca. 17,5 bis 22,5 cm

Ø Uhregehäuse: ca. 4 cm

Artikel-Nr.: 522-FAN06.01

Artikelpreis: € 199,80
(zahlbar auch in 4 Monats-
raten zu je € 49,95)
zzgl. € 8,95 Versand



Das Angebot ist limitiert – Reservieren Sie noch heute!

PERSÖNLICHE REFERENZ-NR.: 102098
Mit 120-TAGE-Rückgabe-Garantie

Zeitlich begrenztes Angebot:

Antworten Sie bis zum **19. Dezember 2022**

Ja, ich reserviere die Armbanduhr
„Ich mag dich, Deutschland“

Artikel-Nr.: 522-FAN06.01

Bitte gewünschte Zahlungsart ankreuzen (x):

- Ich zahle den Gesamtbetrag nach Erhalt der Rechnung
 Ich zahle in vier bequemen Monatsraten

Name/Vorname Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen

Straße/Nummer

PLZ/Ort

Geburtsdatum E-Mail (nur für Bestellabwicklung)

Telefon (nur für Rückfragen)



Unterschrift

Datenschutz: Detaillierte Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bradford.de/datenschutz. Wir werden Ihnen **keine** Angebote von The Bradford Exchange per **E-Mail, Telefon oder SMS-Nachricht** zukommen lassen. Sie können Ihre Kontaktpreferenzen jederzeit ändern, indem Sie uns unter nebenstehender Adresse bzw. Telefonnummer kontaktieren. Bitte teilen Sie uns per Telefon, E-Mail oder schriftlich mit, falls Sie keine brieflichen Angebote erhalten möchten.

WEEE: 97076536

Was haben wir Deutschen alles schon erreicht: 1949 schafften wir Deutschen den Neuanfang, wir wurden 1954 zum ersten Mal Fußball-Weltmeister, überwand 1990 die Teilung und gewannen 2014 zum 4. Mal den begehrten WM-Titel. Neben unserer sprichwörtlichen Pünktlichkeit ist es der Wille zur Leistung, der uns auszeichnet. Das sind Gründe, stolz auf unser Land zu sein! Zeigen Sie Ihren Stolz mit einer ebenso eleganten wie kraftvollen Armbanduhr: tragen Sie „Ich mag dich, Deutschland“ an Ihrem Handgelenk!

Ein kostbares Meisterwerk der Uhrmacherkunst

Das dunkle Zifferblatt zeigt den Bundesadler als Relief. Das flammende Schwarz-Rot-Gold am 20-Minuten-Chronograph, sowie die Randgravur „Einigkeit und Recht und Freiheit“ zeugen von der Liebe und der Verbundenheit zu unserem Land. Die Uhr mit präzisiertem Qualitätsuhrwerk im Edelstahl-Gehäuse wird von einem Echtlederarmband mit Edelstahl-Dornschnelle an Ihrem Arm gehalten. Die Uhr erhalten Sie in einer Box mit silberfarbenem Aufdruck des Bundesadlers und dem Motto „Ich mag Dich, Deutschland“.

Zeigen Sie Ihre Verbundenheit zu unserem Land

Diese Herren-Armbanduhr erscheint exklusiv bei The Bradford Exchange. Die Authentizität Ihres Exemplars wird durch ein Echtheits-Zertifikat belegt. **Reservieren Sie am besten gleich heute!**

www.bradford.de

Für Online-Bestellung

Referenz-Nr.: **102098**

Bitte einsenden an: The Bradford Exchange Ltd.

Johann-Friedrich-Böttger-Str. 1-3 • 63317 Rödermark • kundenbetreuung@bradford.de

Telefon: **060 74/916 916**

Österreich: Senderstr. 10 • A-6960 Wolfurt/V • Schweiz: Jöchlerweg 2 • CH-6340 Baar